Nummer 40 Hannover, 1. Oktober 1927 36. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riemann, Hannover. Redaktionsschluß: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Unsere Lohnbewegungen im ersten Halbjahr 1927.

„Der Lohn wird zwischen Arbeitgeber und Arbeiter immer ausgehandelt werden müssen, denn er wird aus dem Wert der Ware bezahlt, der Schwankungen unterworfen ist.“ So kennzeichnete Dr. Bücher auf der diesjährigen Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie die Methode der Festsetzung des Lohnes, aber zugleich auch den Warencharakter der Arbeitskraft, dessen Preis abhängig ist von all den Faktoren, die den Warenpreis in der kapitalistischen Wirtschaft schlechthin bestimmen. Was für das Dasein des Arbeiters von entscheidender Bedeutung ist, wovon Wohl und Wehe, Familien- und Lebensglück, Gesundheit, Lebensfreude, intellektuelle und kulturelle Vervollkommnung seiner Persönlichkeit abhängt, ist für den Kapitalisten nur ein Wareneinkauf. Für ihn regelt sich die Lohnhöhe nach denselben Prinzipien, wie der Handel mit Schmierseife, Alteisen oder Lumpen: Je größer das Angebot, je geringer die Nachfrage, desto niedriger ist der Preis, und umgekehrt, je dringlicher die Nachfrage, je geringer das Angebot, desto günstiger sind die Bedingungen, den Preis der Ware Arbeitskraft, den Lohn, zu steigern.

Eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften ist es, bei dem Aushandeln der Löhne, bei dem Kampf um die Lohnfestsetzung, den mechanischen Ablauf des wirtschaftlichen Gesetzes von Angebot und Nachfrage nicht zur Auswirkung kommen zu lassen und in dem seelenlosen Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaftsgesetze das Recht des lebendigen Menschen zur Geltung zu bringen. Ihre Bemühungen sind darauf gerichtet, daß in Krisenzeiten, in den Zeiten größeren Andrangs von Arbeitskräften, der Druck auf die Löhne abgebremst wird. Der beste Beweis für das erfolgreiche Wirken der Gewerkschaften ist die Lohngestaltung im Krisenjahre 1926. Trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit gelang es ihnen, den Lohnstand der Hochkonjunktur von 1925 zu halten.

Das Wirtschaftsjahr 1927 mit seiner aufsteigenden Konjunktur fand den Fabrikarbeiterverband auf seinem Posten. Gestützt auf die Besserung der Wirtschaftslage stellt er auf der ganzen Linie die Forderung auf Erhöhung der Löhne. Der gewerkschaftliche Machtzuwachs, den die Organisation durch den Zusammenschluß mit den Verbänden der Porzellan- und Glasarbeiter erhielt, begünstigte die erfolgreiche Auswertung der wirtschaftlichen Lage. Die Art und Weise, wie diese Forderungen ihre Erledigung fanden, ist einerseits der Maßstab für die gewerkschaftliche Stärke des Fabrikarbeiterverbandes, andererseits aber auch für die Einsicht der Unternehmer in wirtschafts- und sozialpolitischen Notwendigkeiten. Zum allergrößten Teil konnte die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf dem Verhandlungswege erreicht werden.

Nicht überall gelang es, auf dem Wege friedlich-schiedlicher Verhandlungen zu einer Verständigung zu kommen. Nicht immer hatten die Unternehmer die Einsicht, daß der Anteil des Faktors „Arbeit“ am Arbeitsertrage vergrößert werden müsse. In sehr zahlreichen Fällen mußte zur Einsetzung der schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmittel, zur Arbeitsniederlegung, geschritten werden.

Über das Ausmaß der erreichten Erfolge unserer Lohnbewegungen im ersten Halbjahr 1927 gibt unsere Verbandsstatistik Auskunft, die allerdings bei weitem nicht vollständig ist. Nach den statistischen Aufstellungen unserer Lohn- und Tarifabteilung, in der die Ergebnisse der Lohnbewegungen wichtiger Bezirke und auch einzelner Industriegruppen noch fehlen, waren an den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung 497 922 Beschäftigte in 7410 Betrieben beteiligt. Es wurden erreicht: Für 484 788 Beschäftigte eine wöchentliche Lohnerhöhung von insgesamt 1 192 558 Mk. durchschnittlich entfallen davon auf jeden Beteiligten 2,46 Mk. pro Woche. Ferner wurden erreicht für 15 792 Beschäftigte eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 121 668 Stunden oder für jeden Beteiligten 7¾ Stunden pro Woche.

In den von dem Verband geführten 49 Angriffs- und Abwehrstreiks waren 5805 Beschäftigte in 87 Betrieben beteiligt. Davon erreichten 4275 Beschäftigte eine wöchentliche Lohnerhöhung von insgesamt 12 774 Mark oder 3 Mk. für jeden Beteiligten pro Woche. Ferner wurde für 150 Beschäftigte die Arbeitszeit um wöchentlich 711 Stunden oder um 4¾ Stunden für jeden Beteiligten verkürzt. Außerdem wurden eine Reihe anderer Verbesserungen erreicht und geplante Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abgewehrt.

Weit umfangreicher als die Streiks, die der Verband zur Durchführung seiner Forderungen zu führen gezwungen wurde, waren die Aussperrungen, die Streiks der Unternehmer. Drei Aussperrungen umfaßten insgesamt 182 Betriebe mit 45 708 Beschäftigten. Davon entfielen allein auf die Aussperrung in der Porzellanindustrie 169 Betriebe mit 44 805 Beschäftigten. Der Erfolg in diesen uns aufgezwungenen Kämpfen lag aber auf seiten des Fabrikarbeiterverbandes. Nicht die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, wie geplant, sondern ganz bedeutende Verbesserungen wurden erreicht. Als statistisch aufgezeichneter Erfolg trat ein für 45 707 Beschäftigte eine Lohnerhöhung von insgesamt 101 105 Mk. pro Woche oder 2,20 Mark für jeden Beteiligten, und für 1400 Beschäftigte eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich vier Stunden wöchentlich.

Die hier erreichten Erfolge stellen nicht den Gesamtgewinn dar, den der Verband seinen Mitgliedern und für die außerhalb des Verbandes stehende Arbeiterschaft erkämpft hat. Nicht immer können unsere in der Organisationsarbeit stehenden Kollegen, an deren Arbeitskraft sehr oft große Anforderungen gestellt werden, von der unbedingten Notwendigkeit einer ausführlichen und pünktlichen Berichterstattung überzeugt werden. Große, sehr wichtige Bezirke hatten bei der Fertigstellung der Statistik noch nicht berichtet. Fügen wir die von der Berichterstattung noch nicht erfaßten Erfolge unserer Lohnbewegungen nach vorsichtiger Schätzung in unsere Übersicht ein, dann kommen wir zu folgender Zusammenfassung:

Im ersten Halbjahr 1927 hat der Fabrikarbeiterverband für insgesamt

650 000 Arbeiter und Arbeiterinnen

die tariflichen Löhne um wöchentlich

1 700 000 Mark erhöht

und für 18 000 Arbeiter und Arbeiterinnen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von sechs Stunden errungen.

Diese Erfolgsrechnung wird bestätigt durch die Ergebnisse der amtlichen Lohnstatistik, wie sie in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht sind. Nach der Tariflohn-Statistik des Statistischen Reichsamts stiegen im ersten Halbjahr 1927 die „gewogenen“ Durchschnittslöhne in der chemischen Industrie für Gelernte um 3,40 Mk., für Ungelernte um 2,76 Mk.; in der Papiererzeugungs-Industrie für Gelernte um 2,49 Mk., für Ungelernte um 2,16 Mk. Die Ergebnisse der Lohnstatistik der Tarifabteilung unseres Verbandes stimmen damit fast überein, wobei noch zu bemerken ist, daß die amtliche Tariflohnstatistik nur erwachsene männliche Arbeiter umfaßt, während die Verbandsstatistik die Gesamtheit der an der Bewegung Beteiligten, also auch weibliche und jugendliche Arbeiter in ihrer Aufstellung einbezieht.

Nach unserer Verbandsstatistik wurden an durchschnittlichen Lohnerhöhungen erreicht:

in der Chemischen Industrie	wöchentl. 2,52 Mk. für jeden Beteiligten
in der Papierindustrie	wöchentl. 2,35 Mk. für jeden Beteiligten
in der Nahrungsmittelind.	wöchentl. 2,12 Mk. für jeden Beteiligten
in der Spielwarenindustrie	wöchentl. 1,66 Mk. für jeden Beteiligten
in der Ind. künstl. Blumen, Blätter und Federn	wöchentl. 1,67 Mk. für jeden Beteiligten
in sonstigen Industrien	wöchentl. 1,66 Mk. für jeden Beteiligten
in der Porzellanindustrie	wöchentl. 2,25 Mk. für jeden Beteiligten
in der Glasindustrie	wöchentl. 2,59 Mk. für jeden Beteiligten
in der Grobkeramischen und Baustoffindustrie	wöchentl. 2,63 Mk. für jeden Beteiligten.

Diese materiellen Erfolge unserer Lohnbewegung finden ihre Ergänzung in zahreichen sonstigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und in der Festigung des Tarifgedankens. Nicht weniger wichtig sind aber die moralischen und sozialpolitischen Erfolge der Lohnbewegungen. Sie haben den gewerkschaftlichen Einfluß des Fabrikarbeiterverbandes gesteigert. Sie haben zu dem Fonds von Vertrauen, das der Fabrikarbeiterverband sich in seinem Kampfe um die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Arbeiterschaft erworben hat, neues wertvolles Gut hinzugefügt. Der Gedanke des Kollektivismus und Solidarismus ist gefestigt. Die Überzeugung, daß nur solidarisches Vorgehen den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft fördern kann, hat tiefere Wurzeln geschlagen.

Vom volkswirtschaftlichen und sozialen Standpunkt sind die erkämpften Lohnsteigerungen sehr wertvoll. Sie führen zur Hebung der Kaufkraft der breiten Massen. Sie wirken belebend auf die Wirtschaft und ermöglichen es, die Armee der Arbeitslosen weiter zu verringern. Der beste Auftraggeber der Wirtschaft, der erfolgreichste Förderer der Konjunktur ist eine gut entlohnte und kulturell hochstehende Arbeiterschaft. Das alte Sprichwort: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“, das als Voraussetzung einer blühenden Volkswirtschaft den wohlhabenden Bauer ansieht, muß heute im Zeitalter der Industrie eine zeitgemäße Umwandlung erfahren: „Hat der Arbeiter Geld, hat's die ganze Welt“. Steigerung der Massenkaufkraft, Erhöhung der Löhne, Erhöhung des Anteils der Arbeiterschaft am Arbeitsertrage, das ist der Weg zum wirtschaftlichen Aufstieg. Diesen Weg gangbar zu machen, die entgegenstehenden Hindernisse fortzuräumen, darauf ist das Bestreben des Fabrikarbeiterverbandes gerichtet, und, wie das Arbeitsergebnis der ersten Jahreshälfte 1927 beweist, mit Erfolg.

Der erreichte Erfolg wäre zweifellos weit größer gewesen, hätten alle arbeitenden Männer und Frauen, Jünglinge und Mädchen, für die der Fabrikarbeiterverband Lohnerhöhungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen erkämpft hat, das einigende Band der Organisation umschlossen, marschierten sie alle hinter der Sturmfahne des Fabrikarbeiterverbandes. Leider steht ein erheblicher Teil zu ihrem eigenen Schaden kleinmütig abseits oder begleitet gar mit hämischen, verletzenden Glossen die gemeinnützige Arbeit unserer Verbandsgenossen. Wieder ein anderer Teil der Arbeiterschaft, geführt von Männern, die ideologisch im Lager des Kapitalismus stehen, marschieren getrennt für sich und nehmen zwar an unseren Erfolgen teil, aber nicht an unseren Kämpfen. Arbeiten wir daran, daß die Zahl der Abseitsstehenden immer geringer wird. Werben wir für unseren Verband durch unsere Erfolge.

Wären die Lohnsteigerungen auch ohne die vorwärtstreibende Kraft der gewerkschaftlichen Organisation zu erreichen gewesen? Hätte das „Aushandeln des Lohnes“ (mit Dr. Bücher zu reden) ohne die Einwirkung des Fabrikarbeiterverbandes auch zu Lohnerhöhungen geführt? Wir haben alle Ursache, dieses zu bezweifeln. Weder die wirtschaftlichen Verhältnisse, noch die Einstellung der Unternehmerkreise zur Lohnfrage waren dazu angetan, freiwillige Lohnerhöhungen wahrscheinlich zu machen. Einzig und allein die Stoßkraft des Fabrikarbeiterverbandes erzwang eine Erhöhung der Löhne. Die Lohnfrage ist eine Machtfrage. Der Anteil der Arbeiterschaft am Arbeitsertrage wird um so höher sein, je mehr sie ihre Kraft gegenüber dem Kapital zur Geltung bringen kann, je stärker ihre wirtschaftlichen Organisationen, ihre Gewerkschaften und ihr politischer Einfluß sind. Damit ist auch die zukünftige Richtlinie für unsere gewerkschaftliche Arbeit gegeben. Werben wir für den Fabrikarbeiterverband; rüsten wir uns zu neuen Kämpfen und zu neuen Siegen!

G. R.

Lohnsteigerung durch gewerkschaftliche Macht.

. . . Es liegt also wohl in der Macht der Koalition der Arbeiter einzelner Gewerbe, ihren Lohn und damit den Durchschnittslohn aller Arbeiter zu erhöhen; denn die Kosten dieser künstlichen Lohnerhöhung fallen den Arbeitern keines Gewerbes zur Last, sie werden von den übrigen Gesellschaftsklassen außer den Arbeitern getragen. . . . Indem die Arbeiter durch die Koalition einen größeren Teil des Gesamteinkommens ihrer Nation erhalten, bewirken dieselben Maßnahmen eine gleichmäßigere Verteilung dieses Einkommens unter sämtlichen Mitgliedern der Nation.

Lujo Brentano.

Gauleiter Michael Dirscherl 60 Jahre alt!

Am 27. September vollendete unser Kollege Michael Dirscherl, Gauleiter für die Glasindustrie Süddeutschlands im Keramischen Bund, sein 60. Lebensjahr. Als Sohn eines Glasschleifers wurde er in einem kleinen Dörfchen der Oberpfalz geboren. Vom 13. Lebensjahre an kam er in die Glasschleiferei und erlernte den Beruf eines Glasschleifers. Dann wurde die Spiegelstadt Fürth sein Wohnsitz, und in den Großbetrieben von Fürth fand unser Michael nicht nur eine Arbeitsstelle, sondern auch eine neue geistige Heimat und einen gewerkschaftlichen Wirkungskreis. In der Zahlstelle der Glasarbeiter in Fürth stand er bald an führender Stelle, und nach kurzer Zeit ist Dirscherl der Vertrauensmann der gesamten Fürther Glasschleifer und Leiter der dortigen starken Zahlstelle. Ihm war es nach vielen Mühen und persönlichen Opfern möglich geworden, die Mehrzahl der Glasarbeiter von Fürth der Organisation zuzuführen. Mit dem Erstarken der Organisation wuchs aber auch der entschlossene Wille, unseren Kollegen durch die Organisation die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Es kam zu Streiks, an denen die gesamten Fürther Glasarbeiter beteiligt waren. Die Organisationsverhältnisse im Reich waren immerhin noch schwach, so daß nach dem Abschluß des großen Kampfes im Jahre 1899 unser Kollege Dirscherl als Vertrauensmann auf der Strecke blieb. Das Unternehmertum hatte den Beschluß gefaßt, und zwar unter hoher Konventionalstrafe, Dirscherl darf in keinem Betriebe wieder eingestellt werden. Diesem Beschluß waren auch die Industriellen von ganz Fürth und Nürnberg beigetreten. Erst nach geraumer Zeit gelang es dem „Geächteten", bei Straßenbauten, später im Bauberuf, ganz vorübergehend für kurze Zeit Arbeit zu finden. Es waren bittere Tage, die jetzt durchgemacht werden mußten.

Das sozialdemokratische Parteiorgan, die „Fürther Bürgerzeitung", wurde ersucht, Dirscherl als Inseratensammler einzustellen. Allerdings war die Entschädigung, die bezahlt wurde, sehr niedrig.

Der im Jahre 1905 abgehaltene Verbandstag des Glasarbeiterverbandes in Jena faßte dann den Beschluß, zwei Gauleiter anzustellen. Der Kollege Dirscherl wurde für den Gau Süd- und Westdeutschland gewählt. Am 1. Juli 1905 begann er seine Tätigkeit.

Als Gauleiter dieses großen Bezirks hat unser Michael eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet. Dabei kam ihm seine große Schlagfertigkeit, sein nie versagender Humor, aber auch seine angeborene bayerische Grobheit sehr zustatten.

Dabei hat auch die politische und kommunale Tätigkeit nie geruht. In der Oberpfalz wurde Dirscherl als Kandidat der Sozialdemokratie zum Reichstag aufgestellt. Die Arbeiter der Industriestadt Fürth wählten ihn in das Stadtparlament. Seit Jahren ist Dirscherl Stadtrat von Fürth und in diesem Parlament ein beliebter Mitarbeiter.

Kollege Michael Dirscherl hat in der Geschichte der deutschen Glasarbeiterbewegung ein Leben voll Entbehrungen ertragen müssen; er hat aber auch reichen Anteil an dem Aufstieg unseres Verbandes genommen. Dieser Anteil wird sich fortsetzen in der neuen Organisationsform, im Keramischen Bund und damit im Fabrikarbeiterverband.

Zu Deinem 60. Geburtstag bringen Dir die gesamten Glasarbeiter Deutschlands, wie alle Mitglieder des Keramischen Bundes, ebenso die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes die herzlichsten Glückwünsche! Sie wünschen, daß Du an dem sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse noch weiter mitarbeiten mögest.

Die Bedeutung des englischen Gewerkschaftskongreßes.

In den letzten Jahren erweckte es häufig den Anschein, als ob über Ziele und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung durchaus keine Einigkeit herrschte. Man sprach dann auch nicht mit Unrecht von einer „Krise der Gewerkschaften". Nachdem im Jahre 1925 die englische Regierung zu einer staatlichen Beihilfe für den Bergbau gezwungen worden war, sprach man von einem Sieg der „revolutionären Methode", die sich im Gegensatz zu den „evolutionistischen Methoden des Kontinents" durchgesetzt habe. Generalstreik, Bergarbeiterstreik und Antigewerkschaftsgesetz verursachten wiederum geistige Unstetigkeit, die lähmend auf der ganzen Bewegung lastete. Dann kam der Internationale Gewerkschaftskongreß mit seiner durch die englische Delegation hervorgerufene „Krisenerscheinung", die vom Gewerkschaftskongreß eine Klärung nach der einen oder anderen Seite hin verlangte. Die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten, die zwischen England und dem Festlande bezüglich der Stellung zu den sowjetrussischen Gewerkschaften bestanden, verdunkelten noch obendrein die Richtung der britischen Gewerkschaftsbewegung. Das schlimmste aber war, daß diese Unstetigkeit und Unklarheit in den Kreisen der Mitglieder Zweifel erzeugten, die wiederum ihren quälenden Eindruck nicht verfehlten. So blickte man mit einem gewissen Bangen auf diesen Kongreß von Edinburg und fragte sich, ob hier die Fähigkeit zu einer erlösenden Tat vorhanden sei. Die Tagesordnung des Kongresses schien in dieser Richtung wenig Hoffnung zu geben, und so munkelte man von einem uninteressanten Kongreß, wo man neuerlich versuchen werde, Vogelstraußpolitik zu treiben. Es kam aber anders. Das trat schon sofort bei der Eröffnungsrede des Präsidenten George Hicks in die Erscheinung. In ausgezeichneter Weise verstand es der Präsident, der gesamten Bewegung einen neuen Ausblick zu geben. Hicks, der bis jetzt stets für ein führendes Glied der „radikalen Richtung" galt, verstand es, wie kein anderer vor ihm, den praktischen Kern der wahren Gewerkschaftsaufgaben herauszuschälen. Er wehrte sich gegen das unsinnige Gerede derer, die glaubten, herausgefunden zu haben, die gewerkschaftliche Aktion sei am Ende ihrer Laufbahn.

„Die Gewerkschaftsbewegung steht noch lange nicht am Ende ihrer Entwicklungsmöglichkeit," so sagte er, „im Gegenteil, wir befinden uns erst am Beginn einer neuen Periode. Mehr und mehr drängen die Arbeiter nach dem Mitbestimmungsrecht im Betrieb. Hier müssen die Gewerkschaften als führende Organe eingreifen. Ausbildung und das Kennenlernen der inneren Betriebsgeheimnisse ist die Vorbedingung zur Erringung der wirtschaftlichen Freiheit. Solange die Arbeiter nicht fähig sind, selbständig die Industrie zu leiten, können sie auch keinen kontrollierenden Einfluß ausüben."

Großes Aufsehen erregte aber der Teil der Rede, der sich mit dem Schlichtungsgedanken in wirtschaftlichem Kampfe befaßte. Er sagte:

„Wir alle — sowohl die Arbeiter wie die Unternehmer — wissen, die schwierige Periode, in der wir uns befinden, ist eine vorübergehende. In dieser Lage kann der Apparat des Schlichtungswesens viel besser ausgebaut werden, als es bis jetzt der Fall ist. Auch direkte Besprechungen zwischen Vertretern der Arbeiter und Unternehmer dürfen nicht ins Hintertreffen kommen. Mehr als zweifelhaft ist es, ob für die Ausdehnung und Verfeinerung des Schlichtungswesens alles getan wurde, was getan werden konnte. Es gibt viele Probleme, die auf dem Wege der Verhandlung geklärt werden könnten."

Redner sprach sich zwar gegen einen von der Regierung vorgeschlagenen Plan zur Einberufung einer Art „Friedenskonferenz" aus, hielt es aber für sehr zweckmäßig, wenn sich die führenden Kreise der Arbeiter und Unternehmer zusammensetzen würden zur Besprechung der Möglichkeiten eines Wirtschaftsfriedens auf der Basis zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiter. Allgemein ist die Meinung vorherrschend, es handle sich hier um eine Aufforderung an die leitenden Kreise der Unternehmer, und man darf gespannt sein, welche Auswirkungen sich hier ergeben werden.

Zur Frage des von der Regierung vorgeschlagenen Wirtschaftsfriedens wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Auf die verschiedenen vom Premierminister an die Führer der Arbeiter gerichteten Aufforderungen, sich für einen Wirtschaftsfrieden zu verwenden, erklärt der Kongreß, daß niemand diesen Frieden mehr will, als gerade die organisierte Arbeiterschaft. Der Kongreß hat aber die Aufgabe, dem Premierminister mitzuteilen, das Hauptahindernis zur Erreichung des Wirtschaftsfriedens liegt in der Wirtschaftspolitik, die die Regierung betreibt. In dieser Hinsicht braucht nur an die Angriffe gegen den Lebensstandard der Arbeiter erinnert zu werden, ferner an das Recht auf Klassenvorrechte, wie es sich im neuen Gewerkschaftsrecht offenbart. Durch die Außerkraftsetzung dieses Gesetzes würde die Regierung beweisen, daß es ihr mit dem Appell für einen Wirtschaftsfrieden ernst ist. Im Falle die Regierung diesen Schritt nicht unternehmen will, fordert der Kongreß dieselbe auf, das Parlament aufzulösen und Wahlen auszuschreiben, um so der Wählerschaft Gelegenheit zu geben, ihre Meinung über die Regierungspolitik auszusprechen."

Eine interessante Aussprache entspann sich über das so heiß umstrittene Thema, betreffs Schaffung von Industrieverbänden. Der Generalrat hat in seinem Bericht neuerlich der Meinung Ausdruck verliehen,

„es sei weder möglich noch praktisch, einen allgemeinen Plan zur Reorganisation der gesamten (englischen) Gewerkschaftsbewegung auszuarbeiten. Fortschritte auf dem Gebiete der Organisationsvereinheitlichung können nur schrittweise erzielt werden. Jeder Versuch der gewaltsamen Aufsaugung einzelner Berufsorganisationen in große Einheitsverbände, die vom Generalrat unternommen würde, müsse scheitern."

A. J. Cook von den Bergarbeitern bedauerte, daß es nicht möglich sein sollte, die Anzahl (1100!) der Organisationen zu verringern. Ein Antrag, der auf Verwerfung der Ansicht des Generalrats hinzielte, wurde mit 2 062 000 gegen 1 809 000 Stimmen abgelehnt. Das gleiche Schicksal ereilte den Antrag der Mitglieder der „Minoritätsbewegung", wobei diese eine scharfe Ablehnung durch den Kongreß erlebten. Überhaupt wurde diese gewerkschaftszerstörende Richtung auf allen Gebieten in die Enge getrieben. Der Bergarbeiterführer H. Smith rief diesen Leuten zu:

„Ihr seid gezwungen, von bestimmten Leuten Parolen entgegenzunehmen. Ihr legt mehr Gewicht auf die Bekämpfung und Besudelung der eigenen Bewegung, als auf die Bekämpfung des Kapitalismus."

Bei der Frage über die Beziehungen des Generalrats zu den russischen Gewerkschaften kam es zu einer prinzipiellen Aussprache, die klärend wirkte, trotz aller Anstrengung und übernatürlicher Geduld, die der englische Generalrat zur Herbeiführung der so notwendigen Vereinigung des gesamten internationalen Proletariats an den Tag legte, wurden seine Mitglieder von den Russen unausgesetzt als Verräter, Lakaien des Kapitals, als Renegaten, Quertreiber usw. hingestellt. In seinem Bericht befaßt sich der Generalrat ausführlich mit dem vom anglo-russischen Einheitskomitee. Die furchtbaren Rippenstöße und Beleidigungen, die sich der englische Generalrat von der russischen Gewerkschaftsleitung hat gefallen lassen müssen, wird im Bericht offengelegt, und am Schluß fordert der Rat in einem Antrage auf, „die weiteren Beziehungen zum anglo-russischen Einheitskomitee abzubrechen, da die Einheitsbestrebungen bei der jetzigen Einstellung der Russen sich als fruchtlos erwiesen haben, und es zwecklos sei, die Bemühungen in dieser Hinsicht fortzusetzen". Der Antrag wurde mit 2 710 000 gegen 620 000 Stimmen angenommen. Dieser Beschluß des Kongresses bedeutet eine gewaltige Schlappe für die russischen Drahtzieher, die tatsächlich in dem Wahne lebten, sie könnten mit den Mitteln des durchsichtigen „Einheitskomitees" in den englischen Gewerkschaften eine Spaltung erzeugen und darüber hinaus den IGB. auseinanderreißen. Das Ekel erregende Spiel der Russen steht nun vor der gesamten Arbeiterklasse der Welt diskreditiert da. Es ist aus mit dem Spuk der „Einheitskomitees". Der mit diesem anglo-russischen Einheitskomitee getriebene blutige Unsinn beweist, daß die Russen zur Zeit noch nicht reif für die Einheitsfront sind. Das mag, vom Standpunkt eines geeinigten Weltproletariats aus betrachtet, bedauerlich sein, aber es ist so.

Bekanntlich hinterließ der Internationale Gewerkschaftskongreß den unangenehmen Eindruck, als beständen zwischen den englischen Gewerkschaften und den Gewerkschaften des Festlandes tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. Es kam schließlich die unsinnige Behauptung zustande, auf dem Festlande sei eine „antibritische Stimmung" wahrnehmbar. In Wirklichkeit sind unsere englischen Freunde durch ihre einseitige Einstellung für die aufgetauchten Mißverständnisse verantwortlich. Der Kongreß war natürlich gar nicht in der Lage, hier vollständige Klärung zu schaffen. Recht unklug war es auch, eine solche Zuspitzung der Dinge zu erzeugen, wie es tatsächlich geschah. Wie erinnerlich, sollte dieser Kongreß über die in Paris offengelassenen Streitfragen entscheiden. Das war ganz unmöglich. Der Kongreß faßte den einzig richtigen

Das winkende Mädchen von Savannah.

Von Kurt Offenburg.

Wochenlang fuhren wir im heißen Dunst des subtropischen Meeres: der Golfstrom trieb schwüle Winde von Habana herüber. In der Nacht hingen farbenschwere, gierige Träume über den Kojen der Matrosen, und des Rudergängers Blick schweifte nach unmöglichen Küsten — mit Frauen und Spiel.

Endlich! Im Morgendämmer eines der letzten Sommertage fuhren wir den Savannahriver hinauf; sehr langsam und sehr vorsichtig in der mit Lichtbojen abgesteckten Fahrrinne. Der Fluß trüb und lehmig, aber nicht breiter als der Rhein, hat kaum Gefälle und quirlt bedächtig zwischen flachem Steppenland zum Meer. Einförmig öde —, in vielen Wochen sind sie dem Auge zum Überdruß geworden —, [illegible] in langweiligen Abständen palmartige Gebüsche an den vertrockneten Ufern. Schon spürt man aus den Savannen die sumpfige Hitze des Landes.

Wir fahren und fahren. ... Auf einmal, ohne ersichtlichen Grund, zieht der Lotse die Dampfpfeife und der jachende Lärm des Nebelhorns schreit über den Fluß. Doch kein Schiff ist in der Nähe, dem das Zeichen gelten könnte; nur aus dem heller werdenden Morgen taucht ein kleines, graues Haus auf, das einsam am leeren Ufer des Savannahrivers steht. — Und gleich darauf erscheint vor der Hütte eine Gestalt, die eine brennende Laterne im Grau der frühen Stunde signalhaft hin- und herschwingt. Durch das Glas sieht man ein altes gebücktes Weiblein, weißes Haar wirr im Gesicht, flüchtig ein Tuch um die Schultern: eben aus dem Bett geeilt, um das den Fluß hinaufdampfende Schiff heranzuwinken.

Es ist ein seltsamer Brauch, der die großen Schiffe eine arme alte Frau mit demselben Zeichen grüßen läßt, das sonst nur bei gewichtigem, sachlichem Anlaß ertönt. Aber es gibt keinen Lotsen, der auf dem Wege von oder nach Savannah sein Schiff hier schweigend passieren ließe. Alle alten Seeleute, die schon einmal hier herauf gekommen sind, wissen die Geschichte des „winkenden Mädchens von Savannah", die wie eine oft erzählte Fabel, wie ein Märchenmotiv klingt und hier Wirklichkeit war.

*

Vor einem halben Jahrhundert geschah das im Seemannsleben Alltägliche: ein Mädchen verlor ihren Liebsten, der zur See fuhr. Aber die Braut kann den Tod des Bräutigams nicht fragen und sie glaubt nicht, daß er gestorben ist. Vielleicht hat er nur Schiffbruch erlitten und lebt noch, vielleicht wird er in einem fremden Lande in Gefangenschaft gehalten, vielleicht hat ihn ein böswilliges Weib verhext und behält ihn bei sich. Bleibt die absurdeste Möglichkeit nicht ein Trost, solange Hoffnung lebendig ist?

Die Arme ist nie weiter gekommen als bis in die nächste Hafenstadt; damals, als sie das Unglück traf, und hier hat sie „ihn" gesucht, ohne ihn zu finden. Aber da die Welt groß und das Mädchen arm ist und nicht die ganze Erde bereisen und absuchen kann —, was ist einfacher, als jedes Schiff, das vorbeikommt, anzurufen? Wenn er an Bord ist, wird er wissen, daß seine Braut noch lebt, und so schnell er kann zu ihr eilen. Müssen nicht alle Dampfer und Segler, die die Ozeane kreuzen, immer wieder nach Savannah kommen und ihr Haus passieren? ...

*

Einige Tage später, als wir gegen Abend wieder den Fluß hinunter fuhren, war die Alte wieder vor ihrem grauen Holzhause und winkte mit einem weißen Tuch, groß wie ein Bettlaken. Sie stand in ihrem kleinen Garten zwischen wild wuchernden Tropenpflanzen, hinter ihr die untergehende Sonne an einem karminrot-violetten Gewitterhimmel —, ein Abbild aller menschlichen Enttäuschungen. Enttäuschungen?

Dieser feste Glauben der Alten, daß sie das Zentrum der Welt sei und daß ihr Lebensschicksal vom Schicksal wieder aufgehoben werden müßte: ist er nicht unser aller tiefste Gewißheit? Aber die arme Glückliche mußte wahnsinnig werden, um an diese ewig ersehnte Erfüllung glauben zu können.

Die Matrosen, nicht immer sentimental, grüßen seit Jahrzehnten in dem „winkenden Mädchen von Savannah" die romantischen Schauer ihres Daseins, ehren in ihr die Angst und Sehnsucht ihrer fernen Mädchen und Frauen.

Zwischen Himmel und Erde.

Vom Rappelgirgl erzählen die Kleinstädter allerhand närrisches Zeug. Der Girgl bringt Scherz und Ernst, Lustigsein und tiefen Sinn toll durcheinander.

„Wir brauchen die politische Rappelköpfigkeit und die rote Umsturzgandi net in unserm ruhigen, braven Städtle ... wir brauchen sowas net und wollen Ordnung!" schreit der Zinnoberheiner, der profitgeschmalzene Kleinkramhändler vom Gurkengäßlein. Er hockt am runden Tisch im Schwarzen Hahn und macht boshafte Grashüpferaugen. Der Girgl hockt dabei und sagt kein Wort.

Am anderen Morgen in aller Gockelfrühstund flattert eine zinnoberblitzrote Fahne hoch hinten am alten, halbverfallenen Nonnentürmlein grad übern Dachladen beim Zinnoberheiner.

„Hallo, heidi! Trullala ... hoch, hoch, hoch! Der Zinnoberheiner ist nun bei der roten Stadtfraktion ...", jubelt unten der Kohlenschaufelseppl, und bald sind die halben Leute der kleinen Stadt da und gucken nach der roten Fahne auf, die in der Sonne ganz rebellischrot strahlt und wachelt.

„Ich bin a Ordnungsma und bi bei der rechten Seiten im Stadtrat! Polizei! Poo—olizei!" brüllt der Zinnoberheiner, also, daß der Heringsandresl meint, es brennt, und daher Polizei und Feuerwehr lebendig trompetet. Grad, wie die Mannschaft angerückt kommt, hebt der Brandmajor sein Haupt gen Himmel, um die Teufelsfahne zu sichten ... und empört sich: „Wasserschlauchtürken und Feuerspritzen! ich siech doch nix von aner roten Fahne ... he?"

Hundert Menschen oder noch mehr halten nun ganz umsonst Maulaffen feil, und die Polizei schafft Ordnung und die Menschen auseinander, denn da droben ist nichts zu sehen von einer roten Fahne.

Ein altes, aber sonst ganz couragiertes Frauenzimmer riecht nach Nordhäuser und gurgelt raus: „Gogkahohoho ..., die rote Fahne war scho droben ... kischgihohohehe ..., aber bis die Blechhelmtrottl kummen sam mit der Dampflatern, pfhehehe ..., derweil hat der Rappelgirgl die rotbackige Umsturzfahne scho wieder runter ..." Dann nimmt sie eine Prise gemischten Nelkenschnupftabak, schnorkelt wie der Teufel und grinst vor sich hin: „Ja, ja, der Girgl, das is einer ..., der poussiert von der alten Hennreinerin die sauberste, die Rosl ..., ausgeschmiert wird er aber doch ..."

Kaum hat die Alte das letzte hingesagt, fühlt sie sich fest gepackt und wird grad hingestellt und eine Männerstimme sagt: „Alte,

Beschluß, dem Generalrat die gesamte Angelegenheit der Beziehungen zur Internationale der Gewerkschaften zu überlassen. Damit erhält der Generalrat völlig freie Hand, und die Entscheidung sollte nach dem Abbruch mit Rußland nicht schwer fallen. Ist doch durch diesen Bruch die ganze Situation eine andere geworden. Der Kongreß hat wirklich ganze Arbeit gemacht. So lehnte er den Antrag auf Einberufung eines „Weltkongresses", zu dem die Russen „bedingungslos" zugelassen werden sollten, mit großer Mehrheit ab. Abgelehnt wurde auch ein Antrag, der dem IGB. einen Tadel wegen seiner Weigerung auf Einberufung eines „Weltkongresses" aussprechen wollte. Der Weg für unsere englischen Freunde ist nun frei, und wir zweifeln nicht daran, daß die Arbeiten zur Kräftigung des IGB. baldigst wieder aufgenommen werden können.

Die Stellung des Kongresses zum Antigewerkschaftsgesetz wurde klar umrissen. Der Kampf gegen das Gesetz geht ungehindert weiter, wenn auch die Verbände gezwungen sind, sich der neuen Lage anzupassen. Am drückendsten wirkt sich das Gesetz schon jetzt auf die Gewerkschaften der staatlichen Beamten und Angestellten aus, die von nun an ihre Beziehungen zum Kongreß lösen müssen. Eine Entschließung, die sich gegen diese Art Degradierung zur Wehr setzt, wurde einstimmig angenommen. Die größte Schwierigkeit besteht darin, daß einige Gewerkschaften Mitglieder haben, die dem Kongreß nicht angeschlossen sein dürfen, andere aber wieder können das. Das gilt beispielsweise für die Organisation der Kesselschmiede, deren Mitglieder teilweise in den königlichen Werften arbeiten. Hill von den Kesselschmieden glaubte aber, man werde einen Ausweg finden. Jedoch muß die weitere Entwicklung der Dinge abgewartet werden. Alles in allem war der Kongreß in jeder Hinsicht zufriedenstellend, er leistete vorzügliche Aufbauarbeit, sowohl in nationaler wie in internationaler Hinsicht. Er hat die englische Gewerkschaftsbewegung neu belebt und den Weg geebnet für die Inangriffnahme von Methoden, die in Deutschland längst Gemeingut der Bewegung geworden sind.

B. Weingartz.

Die heutige Berufsarbeit.

Zwischen Arbeit und Arbeit besteht oft ein gewaltiger Unterschied; hier ist sie Glück und Freude, dort ist sie Last und Bürde, ja Fluch dem Menschen. Der Künstler, oft auch der Gelehrte, versenkt sich in seine Arbeit, Geist und Seele betätigen sich bis zur höchsten Anspannung ihrer Kräfte, das Körperliche wird zurückgedrängt, die Umwelt vergessen und es entsteht Selbstgeschaffenes, Persönliches. Das löst Freude und Befriedigung im Menschen aus; solche Arbeit bedeutet bei aller Anstrengung Glück. Aber nur verhältnismäßig wenigen Menschen gab ein gütiges Geschick die Kraft, solche Arbeit leisten zu können.

Viel häufiger ist in unserer Zeit die Arbeit Last und Bürde. Nicht allein wegen ihrer ermüdenden Wirkung auf den Körper. Die Arbeit, die eine starke persönliche Prägung hat, ist oft viel anstrengender und wird nicht selten bis zu vollständiger Erschöpfung fortgesetzt. Der heutige Mensch leidet deshalb unter seiner Arbeit, weil sie ihm zu wenig gibt, was Geist und Seele bereichern oder doch erfreuen kann. Sie ist fast überall nur noch Teilarbeit, sie besteht aus Handgriffen oder doch aus Wiederholungen meist eng begrenzter gleichförmiger Tätigkeiten. In den Fabriken stehen Millionen Tag für Tag eine bestimmte Anzahl von Stunden auf demselben Fleck, an derselben Maschine, und ihre ganze Aufgabe besteht darin, die Arbeit der Maschine zu überwachen, sie ab und zu mit einem Handgriff zu verbessern. In den nicht maschinellen Großbetrieben enthält die Arbeit zwar noch etwas mehr Anregendes, aber weitgehende Aufteilung hat sie auch hier sehr arm gemacht an geistigen und seelischen Werten. Jede sich schnell wiederholende Einzeltätigkeit wirkt lähmend auf Geist und Empfinden. Es ist ziemlich gleich, ob solche Tätigkeit in einer Fabrik, einem Warenhaus, einer Schreibstube oder einem Verkehrsbetrieb geleistet wird. Die einseitige, eintönige, unpersönliche, meist freudlose Arbeit unserer Maschinen- und Großbetriebszeit zerrüttet die Nerven, stumpft den Geist ab, drückt dumpf das Gemüt.

Der heutige Mensch krankt an seiner Arbeit. Die Maschine, die Arbeitsteilung, die Städteentwicklung — so viele Annehmlichkeiten und Vorteile das alles den modernen Völkern brachte, so unentbehrlich es wurde, besonders da, wo der Ausbreitungsraum eines Volkes begrenzt war, das alles hatte auch Gefahren und Nachteile. Und diese haben wir gar zu wenig beachtet. Wir haben sie sehr häufig bis heute noch nicht einmal erkannt. Wir suchen alle möglichen Ursachen für die Unruhe und Unzufriedenheit, die durch die Massen geht, aber am Zunächstliegenden gehen wir vorüber. Was ist die Arbeit dem Menschen geworden? Was war sie ihm einmal unter einfacheren Lebensverhältnissen? Unsere neuzeitlichen Arbeitsgebiete sollten wir durchforschen, wenn wir nach dem Krankhaften unserer Zeit suchen. Die Arbeit soll das Wertvollste, Schönste, Beglückendste im Leben des Menschen sein. Sie aber wird ihrer Werte und Schönheiten beraubt. Der Mensch ist eben keine Maschine, man darf ihn auch nicht dazu machen. Er ist der geborene Herr der Arbeit, er soll leiten, gestalten, soll seine Art hineinlegen in das, was er schafft. Die heutige Großbetriebsarbeit aber machte ihn zum Knecht und Sklaven. Nur noch Anspannung der Sinne und Nerven fordert sie; in Hast und Aufregung bald, bald in tötender Einförmigkeit fließt sie dahin. Zum Sinnen und Besinnen bietet sie keine Gelegenheit, läßt sie keine Zeit. Darum läßt sie auch stets eine so bleierne Müdigkeit zurück.

Wenn der Bauer in seinem Betrieb von früh bis spät arbeitet, dann fühlt er sich frei, denn Auge und Hand bannt kein sausendes Rad der Maschine, nicht drängt der vorwärts rückende Zeiger der Uhr zur Hast, nicht zwingt ein Netz von Gesetzen, Verordnungen, Arbeitsregelungen und Beengtheiten mancher Art dazu, fortgesetzt eigenes Denken, Wollen, Überlegen, Suchen und Versuchen zurückzudrängen. Diese uralte Arbeit ist Betätigung der geistigen und körperlichen Kräfte. Diese Arbeit zeigt am Abend klar und deutlich das Selbstgeschaffene; es versinkt nicht sogleich in ein Massenhaftes, Unpersönliches, nein, es bleibt, es wird, es bringt sichtbaren Erfolg, Segen. Selbst wenn sie mißrät, diese Arbeit, ist sie mehr als die Arbeit des heutigen Großbetriebsarbeiters, möge er nun an der Maschine stehen oder am Schreibpult.

Und dennoch: die Großbetriebsarbeit muß sein. Auch ist sie gar nicht anders denkbar als in weitgehender Aufteilung. So erst bringt sie die hohen wirtschaftlichen Werte ein, mit denen notwendig gerechnet werden muß, weil der Wettbewerb überall groß ist, weil Völker sich mit Völkern in der Arbeit messen. Arbeitsteilung erhöht den Arbeitserfolg.

Aber auch die Freude erhöht den Arbeitserfolg. Auch heute noch. Die Leistung steigt mit der Freude am Schaffen. Löst die Arbeit Freude und Befriedigung aus, dann wirkt sie weniger ermüdend, weniger krankmachend. Der heutige Mensch erschöpft sich zu schnell. Das, was in ihm steckt an Entwicklungsfähigem, an kraftvoller Eigenart, kommt oft gar nicht zur Auswertung. Alles geht ungenutzt verloren. Das ist sündhafte Verschwendung. Diese liegt trotz allem nicht im Willen des Maschinenzeitalters.

Wir müssen im heutigen Berufsmenschen möglichst alle Kräfte und Fähigkeiten entfalten. Beruflich umfassend und wissenschaftlich gründlich sei die Schulung. Vor allem lehre man von jung an das eigene Nachdenken und Suchen. Nicht verlange man alles und jedes genau nach Herkommen oder Vorschrift auszuführen. Das Altgewohnte ist längst nicht alles gut. Wo aber Fehler nicht berichtigt, Bestehendes nicht geändert, entwickelt werden darf, da erstickt man die Arbeitsfreude im Keime. Gar viele Arbeit machen wir öder und unpersönlicher als nötig ist. Den Willen und die Freude zum Denken müssen wir wachhalten und pflegen.

Wir heutigen Menschen können nur selten ganz im engeren Beruf aufgehen, selbst wenn wir ein gut Teil persönlicher Freiheit in ihm zu wahren verstehen, wenn wir es fertig bringen, vieles auf unsere Art anzufassen und fertigzustellen. Wir brauchen stets enge Fühlung mit dem Leben des Volkes ringsum und wir müssen auch in die kraftgebende Tiefe des menschlichen Lebens einzudringen suchen. Dann gelingt es uns, unserer Teiltätigkeit in der Gesamtarbeit unseres Volkes mehr Farbe zu geben. Das befriedigt und söhnt aus mit mancher Geistlosigkeit des einzelnen Arbeitsvorgangs. Wir sehen doch trotz des Massenhaften Zusammenhang, Ursache und Zweck und erkennen den leitenden Menschengeist und Menschenwillen. Wir merken, daß wir doch im maschinenmäßigen Arbeitsgang die Leitenden und Herrschenden sein und bleiben müssen und auch bleiben können, wenn wir im beruflich Nahelegenden und menschlich Weitergreifenden nur das Nachdenken nicht verlernen.

Das geistig so außerordentlich vielgestaltige und im ganzen so hochstehende Leben unseres Volkes kann allen etwas bieten an Anregendem und Befriedigendem. Wenn wir nur suchen und eingreifen wollen, brauchen wir nach getaner Berufsarbeit nicht zu den trügerischen Ersatzmitteln der Freude zu greifen, wie es leider in so weitem Umfange üblich ist. Trostloser noch als manche Arbeit ist die Erholung, die wir vielfach suchen. Da der Mensch fühlt, daß er ohne Freude nicht leben kann, sucht er sie in aufregenden, lauten Unterhaltungen von außen zu erhaschen. Aber er findet bestenfalls nur Vergessenheit. Echte Freude kommt aus dem Innern, quillt aus Herz und Gemüt. Jeder muß sich selbst seine eigenen Freudenquellen suchen und erschließen.

Die kommende Zeit muß unserem Volke wieder mehr Innerlichkeit und Ruhe, mehr Beschaulichkeit und Tiefe bringen. Wir stehen im Begriff zu verflachen. Weil die Massen des Volkes in der Berufsarbeit nicht mehr die Befriedigung finden können wie früher, als fast jede Arbeit mehr oder weniger noch ein Ganzes war, muß die Zeit der Erholung möglichst inhaltvoll gestaltet werden. Wenn der Deutsche sich wirklich freuen und durch Freude erholen soll, braucht er etwas, das ihn anzieht, das Gemüt und Geist beschäftigt. Der Deutsche ist der geborene Mensch der Arbeit, auch Erholung sucht und findet er am besten in der Arbeit. Freilich muß diese Arbeit ein anderes Gesicht tragen als die Berufsarbeit, sie muß freiwillig und gerne geleistet werden und natürliche Kräfte auslösen. Es ist durchaus nicht gesagt, daß solche Erholungsarbeit vorwiegend geistiger oder gar künstlerischer Art sein müßte. Im Gegenteil. Der heutige nervenmüde Mensch braucht zur Kräftesammlung körperliche Betätigung. Jeder suche sich solche nach seinen Wünschen.

Unsere falsche Städteentwicklung trennte den Menschen vom Boden, auf dem er ebensogut wachsen und gedeihen muß wie Tier und Pflanze. Zum Unglück der Arbeitsentwertung kam das Unglück der Wohnungsentwertung. Ärmer an Gemütswerten wurde daheim und in den Werkstätten das Leben. Das machte uns unzufrieden, krank, unglücklich.

Und dann noch eins: unser Tag ist falsch eingeteilt. Darunter leidet besonders unsere Ruhe- und Erholungszeit. Zwei Arbeitsschichten sind in unserer Zeit nur noch selten zweckmäßig. Sowohl die Arbeit als auch die Erholung und die Ruhe werden Vorteil davon haben, wenn wir die Arbeit in der Mitte nicht auf eine oder mehrere Stunden unterbrechen. In den jetzt bestehenden kurzen Ruhezeiten kommt der Mensch in Wirklichkeit nicht mehr zur Ruhe und Sammlung. Noch weniger kommt er zu einer gern ausgeübten Arbeit, die die überspannten Nerven beruhigen und erfrischen, das Gemüt erfreuen kann. Auch erschwert es der zerrissene Arbeitstag ganz bedeutend, daß wir den Weg zur Natur zurückfinden. Die immer stärker sich im Volke bemerkbar machende Sehnsucht nach dem eigenen Haus, kann nicht befriedigt werden, wenn wir den Tag nicht einheitlicher ordnen: Arbeit, Erholung, Ruhe — jeder Tagesabschnitt ein ungebrochenes Ganzes. Einheit bringt Nutzen, so ist es auch hier. Sie würde uns wieder Zeit und Gelegenheit geben, unser persönliches Leben schöner und wertvoller zu gestalten. Das aber ist doch mindestens ebenso notwendig, als wirtschaftliche Werte zu schaffen.

A. S.

Die Unternehmer rüsten!

„... Über kurz oder lang, wahrscheinlich am Ende dieses Jahres oder am Anfang des kommenden Jahres, wird ein großer Kampf zwischen der Arbeitgeberschaft und der Arbeiterschaft entbrennen. Für die Kenner der Verhältnisse unterliegt es heute keinem Zweifel mehr, daß an diesem Kampfe nicht vorbeizukommen ist. ... Anlaß hierzu wird die Verkürzung der Arbeitszeit für die Schwerindustrie, die gesetzliche Einführung des Achtstundentages, geben.

Deshalb hat die nordwestliche Gruppe des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie beschlossen, von Monat August an von jedem Werk zur Gründung einer Streikkasse monatlich einen Beitrag von 5 Mark pro Arbeitnehmer zu erheben und ein gleiches Vorgehen den Nachbarverbänden dringend ans Herz gelegt. Grundsätzlich haben alle diese Verbände der Anregung der nordwestlichen Gruppe des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie zugestimmt: ..."

(Sinngemäßer Auszug aus dem Rundschreiben eines Arbeitgeberverbandes, veröffentlicht in der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche".)

Arbeiter und Arbeiterinnen!
Rüstet Ihr auch?

Bundesausschußsitzung in Magdeburg.

Einer Einladung von Oberbürgermeister Beims folgend, hatte der Bundesvorstand den Bundesausschuß zu seiner 9. Sitzung am 13. September nach Magdeburg einberufen. Der Bundesvorstand wollte den Verbandsvertretern Gelegenheit geben, die Theaterausstellung zu besuchen, die ein bedeutendes Kapitel deutscher Geistesgeschichte in hervorragend klarer Ordnung des gewaltigen Stoffes veranschaulicht. Der Verband deutscher Volksbühnenvereine, der Deutsche Musikerverband und die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger haben sich an der Ausstellung beteiligt. Die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger hat eine Wandlung in der sozialen Stellung der Schauspieler, in der Sicherung ihrer Rechte herbeigeführt, deren Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Sie durfte auf einer solchen Ausstellung, die ja nicht nur die Geschichte des Theaters darzustellen versucht, sondern auch die Beziehungen zwischen dem Theater und den großen kulturellen Organisationen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und des Publikums vor Augen führen will, ebensowenig fehlen wie die andere Gewerkschaft, der Deutsche Musikerverband, der sich um die Orchestermusiker die gleichen Verdienste erworben hat. Der Verband der Deutschen Volksbühnenvereine, der Hunderttausende von Theaterbesuchern organisiert hat und ihnen ermöglicht, für billiges Geld klassische und moderne Schauspiele und Opern kennenzulernen, und durch seine reich-

---

wenn dös wahr ist, was du eben gesagt hast ... von der Rosl ... und vom Ausschmieren ... und so ... hast a Lüge dahergeschnarrt, he?"

Die Männerstimme gehört dem Rappelgirgl. Und das alte Frauenzimmer sagt: „Überzeug dich selber ..., warte heute abend so um neune rum hinter der alten Mauer ..., waßt doch, wo dei Herzliebste wohnt ..., kümmer dich halt mehr um sie, um dei Rosl ... hehehe ...", und kichernd geht das Weiberl des Weges weiter.

Und dem Rappelgirgl wird es siedheiß und wieder eiskalt.

Abends geht er einen dunklen Weg.

Neune schlägt die Uhr und der Abend hockt hinter der Mauer. Und zwei Menschen stehen dahinten im Finstern und flüstern. Da packt es den Rappelgirgl. Mit einem Sprunge ist er dort. Sein harter Griff aber geht daneben. Das Mannsbild springt vor die Mauer hin, immerzu, vorwärts, und der andere, der Girgl, hinterdrein. Da, noch einen Satz, und der Girgl hat ihn erwischt, vorm Wirtshaus, wo die Arbeiter verkehren.

„So, der ist's, der fremde Schlawiner ... Lump, elendiger!" wütet der Girgl und will den anderen, den schwarzlockigen Stürzenfriedl, in Grund und Boden schlagen, da fällt ihm der Kilian in den Arm und wehrt ab: „Halt ... Girgl ... mach dich net unglücklich! ..."

Der Rappelgirgl dreht sich rum, während der Friedel davonschleicht.

„Nur net grad mit dem, wenns angebandelt hätt' ..., waßt ja selber ..., ka Kolleg is er net, macht alles bei der Arbet hintenrum ..., a Achselkräger is er ... un ka Weib läßt er in Frieden ..." knurrt der Girgl. Der Kilian gibt ihm recht.

„Zwegen an solchen sollst dich net ins Loch hocken ... und morgen geh ich mit dir zur Rosl hin ... ob die den Kerl will ...", sagt der Kilian.

Am anderen Abend gehen sie alle zwei halt hin zur Rosl, um zu wissen, was an der Liebelei ist. Die Rosl sagt nichts, gar nichts, läßt Arme und Kopf hängen, und wie die zwei Kameraden gehen, wissen sie, der Stürzenfriedl hat dem Weib den Kopf liebestoll verdreht.

Nun mag aber der Rappelgirgl nicht mehr länger im Städtle bleiben. In der nächsten Großstadt nimmt er den Winter über Stellung in irgendeiner Fabrik. So was, wie ein neues Stück Leben geht bei ihm auf. Freilich, was die Arbeiterbewegung, die Sache der schlecht bezahlten Arbeiter, die unbegrenzte Ausbeutung der schaffenden Klasse angeht, da ist der Rappelgirgl nicht nur der alte, mutige Kerl geblieben, sondern er hat von den Bibliotheken der großen Stadt tüchtig Gebrauch gemacht und an sich selbst gebildet, ohne das zu versäumen, was ihm die moderne Gewerkschaft und die Arbeiterpartei an kultureller Geistesbildung hingab. Ernster, sittlich gefestigter, großzügig, fest, ist er geworden, und so hält er sich brav unter den Fabrikleuten.

Die Frühlingssonne, die Sommerschönheit hat der Girgl aber wieder im Freien, auf der Baustelle, um sich. Und der Herbst trifft den jungen, strammen Bauhandwerker dabei, wie ihm der Baumeister sagt: „Morgen müssens gleich nüber, in der Glasschleiferei drüben gibts am Schlot oben eine Ausbesserung ..., das Gerüst ist schon fertig hingestellt ..., und einen Mann schickt Ihnen der Polier hin —, also — nicht vergessen."

„Einen Mann ... her, den hätt' ich mir schon lieber selber vorgeschlagen beim Alten ..., na ... ja ... wird scho gehen ...", meint der Rappelgirgl so für sich hin am nächsten Frührot beim Gang hin zur Fabrik. Wie er hinkommt, steht schon einer da und wartet auf ihn. Der Girgl steht bocksteif.

„Dunner, is das a verrückter Zufall! ... Bist du net der Stürzenfriedel?" tut der Girgl. Der andere nickt mit dem Kopf.

Entschlossen sagt der Girgl: „Da nützt jetzt nix ..., nauf müssen wir ..., da nauf ... zum Schloßgerüst ..., zwischen Himmel und Erde ..., das ist unsere Pflicht ..."

Der andere gibt mit stummer Gebärde sein Einverständnis. Also sind sie hoch da droben, wo sonst nur Dohlen rumfliegen. Und sie schaffen alle zwei, ehrlich und rechtschaffen, wie es braven Handwerksleuten ziemt.

Der Girgl schaut grad zufällig über sich, dorthin, wo die Füße des anderen baumeln. Mit dem Blick des Fachmanns erkennt er und ruft, den Kopf rückwärts, zum Friedl hinauf: „Schieb dein Sitzbrett zurecht ..., linker Hand fehlt es ... so ... gut ..."

Und da steht was in ihm auf, was Hitziges, Böses, und raunt in ihm: „Dummer Ehrlichkrattel ..., warum schweigst du nicht? ... Der Lump da oben, der schaffige Stürzenfriedl, hat er dir nicht dein Liebstes gestohlen ..., ist es denn nicht Gerechtigkeit, wenn so einer das Genick bricht? ..."

Der Girgl fährt zusammen. Es hat doch niemand laut gesprochen ..., ja so ..., der da oben. ... Und zufällig hebt der Girgl wieder den Blick ..., wahrhaftig ..., nun ist der Strick schon locker ... da oben ..., der leichtsinnige Bruder ..., er muß ja runter fliegen ... und ... und ... diesmal lasse ich die Hände weg. ...

Blitzschnell, wie er kommt, der Rachegedanke, ist er fort, umgewandelt in den festen Willen schöner Menschlichkeit ..., und grad so schnell macht der Rappelgirgl einen, zwei, drei Griffe und hebt den anderen, seinen Todfeind, halb und halb hinunter, her zu ihm, auf festen Gerüstboden. Der biegt sich und schwankt. Endlich können die zwei Kameraden ganz in Sicherheit sein auf schwebendem Gerüst.

„Du ... du ... Girgl ..., das war a Tat ... du ..., ums Leben ist's gegangen ..., wie ich dir das danke ... du Guter ... ums junge Leben ..., ich danke dir's ..." sagt der Stürzenfriedl und hält die Hand hin. Ein ehrlicher Handschlag besiegelt die neue Freundschaft.

Bedächtig meint der Girgl: „Wenn du was danken willst, so erfüll hat den Wunsch von mir ..., eigentlich sind's zwei. ..."

„Alles, was möglich is ...", bekräftigt der andere. Der Girgl setzt dem Friedl auseinander: „Es is möglich, daß du die Rosl heiratest ..., darfst sie net sitzen lassen ..., es is möglich, daß du Verbandskollege wirst und ein braver, treuer Kamerad. ..."

Der sonst arg bös und als lumpiger Kerl und wortbrüchiger Bruder verrufene Stürzenfriedl bringt den Beweis, es ist möglich, ein klassenbewußter, zielsicherer Verbandskollege, ein braver Genosse und ein rechtschaffener, anständiger Familienvater zu werden, wenn einer nur ernstlich will. Aber alle Bekannten und Kollegen wundern sich doch darüber, wie das gerade beim Stürzenfriedl so schnell wird und von selber kommt.

Die guten Leute wissen halt nichts von der kritischen Viertelstunde, welche die zwei jungen Bauhandwerker hinter sich haben.

Es ist ebenso ein eigen Ding um den Zustand zwischen Himmel und Erde.

Ludwig Pratsch.

mittigen, künstlerischen Veranstaltungen auf anderen Gebieten, durch eine Konzerte, Darbietungen moderner Tänze und Vortragsabende, einer großen Zahl von Menschen Gelegenheit gibt, in einer ihnen sonst verschlossenen Welt heimisch zu werden, ist, seiner großen Leistung entsprechend, auf der Ausstellung in einem großen Raum vertreten. Die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften haben daher zu dem Unternehmen der Magdeburger Stadtverwaltung eine Fülle von Beziehungen.

Der Bundesausschuß tagte in der neuen Stadthalle, die von Stadtbaurat Goederitz erbaut worden ist.

Vor Eröffnung der eigentlichen Tagung begrüßte Oberbürgermeister Beims im Namen der Stadtverwaltung den Bundesausschuß mit herzlichen Worten. Im Namen des Ortsausschusses hieß Stadtrat Flügge die Verbandsvertreter willkommen. Leipart dankte dem Oberbürgermeister und dem Sekretär des Ortsausschusses für die freundliche Aufnahme in dieser Stadt, in der die Arbeiterbewegung seit langem und zumal im letzten Jahrzehnt eine so bedeutsame Rolle spielt und ihren Führern ein reiches Feld der Betätigung erschlossen hat.

Dann erstattete Leipart den Bericht des Bundesvorstandes. Der Bundesvorstand wird eine Konferenz der Arbeitersekretäre einberufen, und zwar vom 26. bis 28. September nach Frankfurt am Main. Die Konferenz wird sich mit dem Verfahren der Unfall- und Invalidenversicherung, bei den Arbeitsgerichten und der Arbeitslosenversicherung beschäftigen. Für die Krankenkassenwahlen hat der Bundesvorstand erneut eine besondere Broschüre als Wahlanleitung herausgegeben.

Über die Verwendung des vom Reichstag bewilligten und auf den ADGB. entfallenden Anteil aus dem Zehn-Millionen-Fonds für Arbeitnehmer stimmt der Bundesausschuß den Vorschlägen des Bundesvorstandes zu. Danach soll, entsprechend den mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete vereinbarten und von allen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften anerkannten Richtlinien eine Bundesschule des ADGB. im besetzten oder besetzt gewesenen Gebiet errichtet werden. Ein größerer Betrag wird als Fonds sichergestellt, damit den von den Einzelverbänden entsandten Schülern ein Zuschuß zu den Internatskosten gewährt werden kann. Über die Verwendung der Mittel übt das Ministerium für die besetzten Gebiete im Rahmen der Richtlinien die Kontrolle aus. Nach diesen Richtlinien ist jede Zuwendung oder Unterstützung an Personen, Gruppen oder einzelne Organisationen unzulässig.

Der Bau und die Organisation der beiden geplanten Bundesschulen erfordert die Anstellung einer neuen Kraft, eines Bildungssekretärs, dessen Aufgabe darüber hinaus die Förderung der Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften, insbesondere der Verbände, die keine eigenen Schulen haben, sein wird. Die Oberleitung des ganzen Schulbetriebs soll in der Hand des Bundesvorstandes, in erster Linie des neuen Bildungssekretärs, liegen.

Der Bericht des Bundesvorstandes wurde einstimmig genehmigt.

Genosse Naphtali gab dann einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik. Die Forschungsstelle ist bekanntlich eine gemeinsame Einrichtung der Gewerkschaften, der Partei und der Genossenschaften. Ihre Aufgabe ist, für die Einheitlichkeit der wirtschaftspolitischen Stellungnahme der verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung zu sorgen. Die Forschungsstelle besteht aus zwei Abteilungen mit fünf wissenschaftlichen Kräften. Die agrarpolitische Abteilung untersteht dem Genossen Dr. Baade, die Abteilung, die sich vor allem mit den Fragen der Handelspolitik und der Industrie zu beschäftigen hat, wird vom Genossen Naphtali geleitet. Eine solche Stelle muß natürlich über einen entsprechenden Apparat verfügen. Es ist daher ein wirtschaftspolitisches Archiv angelegt worden, das zur Zeit aus 600 Mappen besteht. Außerdem ist eine Spezialbibliothek eingerichtet worden, die vornehmlich Monographien über die verschiedenen Industrien enthält. Eine Reihe von Hilfskräften sind für diese und andere Arbeiten eingestellt worden.

Die Forschungsstelle hat als Aufgabe, in den Tagesfragen der Wirtschaftspolitik die wissenschaftliche Durchdringung des gesamten Materials zu leisten und eine einheitliche Stellungnahme vorzubereiten. Das Arbeitsprogramm hat sich daher der Forschungsstelle von der Tagespolitik her aufgedrängt. In der bisherigen Arbeitsperiode waren es vor allem folgende Gebiete, welche die Forschungsstelle beschäftigten. Die Wirtschaftsenquete hat die Arbeitskraft der Forschungsstelle in erster Linie in Anspruch genommen. Außerdem haben die Forschungsstelle eine Reihe von Einzelheiten beschäftigt. Sie hat zusammengearbeitet mit dem Vorstand des ADGB. bei der Denkschrift vom Februar 1926 über die Wirtschaftslage. Durch die Denkschrift ist seinerzeit ein bedeutender Einfluß auf die öffentliche Meinung ausgeübt worden. Die dauernde Beobachtung und Bewertung der Wirtschaftslage ist überhaupt ihre ständige Aufgabe.

Die Forschungsstelle hat grundsätzlich die Subventionierung einzelner Unternehmungen bekämpft, auch da, wo sie bestimmten Gruppen der Arbeiterschaft im Augenblick förderlich zu sein schien. Es kommt in dieser Frage wie auch bei der Stellungnahme zu preispolitischen Fragen auf die Einordnung der Gruppeninteressen in die Gesamtinteressen an. Je größer der wirtschaftliche Einfluß der Arbeiterbewegung wird, um so größer werden die Reibungsflächen zwischen den Organisationen der Arbeiterschaft. Hier ausgleichend zu wirken, ist eine wesentliche Funktion der Forschungsstelle.

Bei der Frage der Aufstellung eines Wohnungsbauprogramms war es besonders wichtig, möglichst eine Übereinstimmung zwischen den Reichs- und Landtagsfraktionen und dem ADGB. herbeizuführen. Bei Gelegenheit des Arbeitsbeschaffungsprogramms ergaben sich eine Reihe von strittigen Fragen. Genosse Naphtali ging besonders auf die Kanalfrage ein. Es mußte vielfach die rein lokale Einstellung der Arbeitervertreter überwunden werden.

Auf dem Gebiet der Zollverhandlungen, der Agrarpolitik, bei der Vorbereitung des sozialdemokratischen Agrarprogramms hat die Forschungsstelle sich führend betätigt.

Als die Frage der Ferngasversorgung auftauchte, zeigten sich starke Unterschiede der Auffassungen zwischen den verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen. Hier hat eine zu diesem Zweck eingesetzte Beratungsstelle einen Ausgleich der Gegensätze ermöglicht. Naphtali besprach sodann die Meinungsverschiedenheiten bei der Zündholz- und bei der Zigarettengesetzgebung. Auch hier wird eine einheitliche Stellungnahme von Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften herbeigeführt werden können.

Naphtali schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch auf eine engere Zusammenarbeit mit den einzelnen Verbänden.

Leipart dankte dem Genossen Naphtali für seinen instruktiven Bericht, der zeigte, wie umfangreich das Aufgabengebiet der Gewerkschaften geworden ist.

Anschließend gab Schlimme eine Darstellung der Gründe, die zu Meinungsverschiedenheiten der Verbände über die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen führen. Er erinnert daran, daß zur Vermeidung solcher Meinungsverschiedenheiten viel beigetragen werden kann, wenn die Bestimmungen der Bundessatzungen über die Führung von Lohnbewegungen und über Tarifabschlüsse in Gebieten und Betrieben, an denen mehrere Organisationen beteiligt sind, von vornherein sorgfältigste Beachtung finden. Leider seien die Gedanken dieser Bestimmungen noch nicht in die Verbandssatzungen aufgenommen worden, obwohl § 35 der Bundessatzung diese Übernahme fordert. Daher erinnert der Bundesvorstand daran, daß die Bestimmungen der Bundessatzung streng innegehalten werden müssen. Ferner schlägt der Bundesvorstand vor, daß Anträge auf Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen nur im Einvernehmen aller beteiligten Verbände gestellt werden mögen. Ergeben sich hierbei Meinungsverschiedenheiten, so soll der Bundesvorstand schlichtend eingreifen.

Nach der Tagung hatte Oberbürgermeister Beims den Bundesausschuß zu Gast geladen. Im Anschluß daran hielt Stadtbaurat Goederitz einen kurzen Vortrag über die neue Stadthalle, insbesondere über die technischen Besonderheiten des großen Saales, in dem 4000—5000 Personen Raum finden können. Dann übernahm einer der wissenschaftlichen Leiter der Theaterausstellung, Herr Paul Alfred Merbach aus Berlin, die Führung durch die Ausstellung und schilderte in einem anregenden Vortrag die Entwicklung des Theaters. Als Abschluß des Tages wurde noch die neue, im Westen der Stadt gelegene Siedlung besichtigt, die schon heute etwa 1200 Wohnungen umfaßt und nach Durchführung des ganzen Bauplanes auf ungefähr 5000 Wohnungen kommen wird.

Rundschau.

Die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Rechts.

„Ein kleiner Häusler einer tschechischen Provinzstadt sah in der Stadt scheue Pferde, die großes Unheil angerichtet hätten. Mutig sprang er ihnen entgegen und hielt sie auch auf. Ein Pferd stürzte aber und begrub den Mann. Der erlitt einen Kieferbruch, schwere andere Verletzungen und einen so unglücklichen Beinbruch, daß ihm ein Fuß amputiert werden mußte. Er erhob Schadenersatzklage. Alle drei Instanzen wiesen ihn ab, da der Pferdebesitzer nachweisen konnte, daß er an dem Scheuen der Pferde nicht schuld war. Die Prozeßkosten betragen nun 20 000 Kronen. Die Versicherung, die den Prozeß für den Pferdebesitzer führte, hat nun diese Summe von dem armen Krüppel verlangt. Sein kleines Häuschen und sein Feld sollen nun versteigert werden." So berichtet der „Vorwärts". Man sagt doch: Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates. Wer zweifelt noch daran?

Eigentumsverbrechen und wirtschaftliche Not.

Je größer die wirtschaftliche Not des Volkes, desto größer die Zahl der Verbrechen gegen das Eigentum.

Im Jahre 1924 haben die deutschen Gerichte 420 128 Personen wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Eigentum verurteilt, davon 224 500 wegen Diebstahls. Im Jahre 1925 sank die Zahl der Verurteilungen wegen Eigentumsverbrechen auf 225 320 und die Zahl der Verurteilungen wegen Diebstahls auf 112 596. Die Zahl der übrigen Verbrechen und Vergehen ist in beiden Jahren wesentlich gleichgeblieben.

Im Jahre 1924 herrschte große Arbeitslosigkeit, und die Wirtschaftsnot war ungeheuer; hingegen waren die Erwerbsverhältnisse im Jahre 1925 weit günstiger. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsnot und Eigentumsvergehen tritt in diesem kriminalstatistischen Vergleich der Jahre 1924 und 1925 kraß zutage. Bessern wir die wirtschaftliche Lage der breiten Massen durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß, so ist dieses sittlicher Dienst am Volke, wirkungsvoller und von größerem Erfolg, als der Bau von Gefängnissen.

G. R.

Jugendbewegung.

Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen.

Die Arbeitslosigkeit wirkt nicht nur auf die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse schädigend ein, sie übt auch unter den Jugendlichen bedeutenden Schaden auf die Wachstumverhältnisse aus. Nach dieser Richtung hat Stadtmedizinalrat Dr. Schröder in Oberhausen lehrreiche Untersuchungen angestellt.

Die arbeitslosen Jugendlichen gehen danach schon mit einem gewissen gesundheitlichen Manko überhaupt in die Zeit der Arbeitslosigkeit hinein. Die genauen Beobachtungen von Dr. Schröder haben nämlich ergeben, daß das Handwerk und das Kaufmannsgewerbe den Begriff der sozialen Auslese im allgemeinen ausgezeichnet verstehen. Da kommen nur die Bewerber zur Einstellung, die neben einem guten Schulzeugnis auch einen einwandfreien ärztlichen Befund nachweisen können, soweit nicht Familienbeziehungen Ausnahmen herbeiführen.

Auf diese Weise kommen in die schwereren Berufe gerade die Schwächeren, da Handwerk und Kaufmannsgewerbe bei dem großen Andrang den größten Teil der starken und gesunden Jugendlichen aufnehmen. Schon das ist ein Widersinn, der noch größer wird durch die Not der Arbeitslosigkeit, unter der dann gerade diese Jugend zu leiden hat.

Die Jugendlichen in Lehrstellen haben ihre Arbeit durch mehrere wichtige Entwicklungsjahre hindurch. Daß große Teile der Jugend, und zwar oft gerade der körperlich mangelhaft entwickelten Jugend in diesen Jahren keine Arbeit haben, ist für das Wachstum dieser Jugend von großen Schaden. Die mehrjährigen Untersuchungen, die Dr. Schröder in Oberhausen durchgeführt hat, zeigten, daß die oft vertretene Ansicht, die Arbeitslosigkeit bedeute für die Jugend eine Schonzeit und käme ihrer körperlichen Entwicklung zugute, irrig ist. Das Gegenteil ist der Fall. Bei Arbeitslosigkeit fehlt dem Jugendlichen der wachstumfördernde Reiz, den Arbeit gerade in den Jahren hat.

Dr. Schröder macht hierüber in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene auch einige zahlenmäßige Angaben. Danach waren Gewicht und Körpergröße bei männlichen Lehrlingen, weiblichen Lehrlingen und männlichen Hilfsarbeitern wie folgt:

	männl. Lehrlinge		weibl. Lehrlinge		männl. Hilfsarbeiter	
1925	54,5 kg	162 cm	52,5 kg	157 cm	48,5 kg	159 cm
1926	55,2 kg	164 cm	52,7 kg	158 cm	50,2 kg	161 cm

Die widersinnigen wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse haben es also zuwege gebracht, daß die männlichen Hilfsarbeiter ein geringeres Körpergewicht als die weiblichen Lehrlinge hatten.

Aber diese unterernährten und in ihrer Wachstumentwicklung gehemmten Jugendlichen sind es nun, die nachher in so vielen Fällen ausgerechnet als Schwerarbeiter beschäftigt werden. So hat Dr. Schröder z. B. in sechsjährigen schulärztlichen Untersuchungen von 14jährigen Knaben in diesem ausgesprochenen Bergbaubezirke noch kein Dutzend Anwärter auf den Beruf des Bergmanns getroffen. Ebenso ist es mit den Arbeitern der Eisenindustrie. Diese Arbeiter werden später von denen gestellt, die heute als Jugendliche zu den Schwächsten zählen und noch obendrein in ihrer Wachstumentwicklung gehemmt werden. Daß die Arbeitskraft dann bei so vielen so früh verbraucht ist, kann nicht verwundern.

Diese wertvollen Untersuchungen zeigen uns, wie traurig es in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit der Menschenökonomie bestellt ist. Gewiß mag die Verwendung der jugendlichen Arbeitslosen auf dem Lande ihrer Gesundheit zuträglich sein, doch bessert das nicht das Grundübel, das da in diesen Untersuchungen zutage tritt: die mangelhafte Einstellung der kapitalistischen Wirtschaft auf die Gesundheit des einzelnen und die Leistungskraft des Volkes, die Unterordnung des Menschen unter das Materielle.

Literarisches.

Gegen den Gebärzwang! Der Kampf um die bewußte Kleinhaltung der Familie. Mit einem Anhang: Die geschlechtliche Aufklärung der Kinder. Von Emil Höllein, M. d. R. 220 Seiten Text mit 7 anatomischen Abbildungen. Preis 3 Mk., zuzüglich Porto. Zu beziehen vom Selbstverlag: Emil Höllein, Berlin-Charlottenburg, Horstweg 5. Wir haben das Erscheinen dieses Buches bereits in Nr. 30 des „Proletariers" angezeigt. Bei der Bedeutung, welche die Frage der bewußten Geburtenregelung besonders für die Arbeiterfamilie, aber auch für die gesamte soziale Entwickelung unseres Volkes besitzt, kommen wir nochmals darauf zurück. Der Verfasser, Mitglied der kommunistischen Reichstagsfraktion, behandelt das Problem der bewußten Kleinhaltung der Familie in sehr eindringlicher Weise. Aus dem Buche spricht der entschiedene Wille, der Arbeiterfamilie, den armen Frauen und Mädchen zu helfen. Mit großem Fleiß ist hier zur Klarstellung dieses Problems viel wichtiges soziologisches Material zusammengetragen. Der Material sucht zur wissenschaftlich-soziologischen Begründung der Geburtenbeschränkung, findet es hier in überreichem Maße. Der Verfasser führt berühmte Autoritäten an, glänzende Namen, wie den bürgerlichen Volkswirtschaftler und Kathedersozialisten Dr. Adolf Wagner, u. a. an, die mit sehr gewichtigen Gründen die Auffassung des Verfassers stützen. Die gegenseitige Bedingtheit von hoher Kindersterblichkeit und hoher Geburtenzahl wird durch eine sehr eingehende Abhandlung, deren Beweisführung unterstützt wird durch Geburts- und Sterblichkeitstabellen für Deutschland und andere Staaten, überzeugend dargelegt. Auch die so oft verschwiegene Tatsache wird hier ans Licht gezogen, daß innerhalb der wohlhabenden Klassen schon seit langer Zeit eine absichtliche Beschränkung der Geburtenzahl gang und gäbe ist und daß erst, als diese Einstellung innerhalb der breiten Massen des Volkes Verbreitung und Nachahmung fand, der öffentliche Kampf gegen die künstliche Geburtenbeschränkung einsetzte, aber auch hier nur in ganz einseitiger Richtung gegen die Kleinhaltung der Arbeiterfamilie. Der Nahrungs- und Wohnungsnot der kinderreichen Familien, dem wirtschaftlichen und sozialen Widersinn des Geburtzwanges sind sehr eingehende Untersuchungen gewidmet. Dem soziologischen Teil des Buches folgt die Darstellung der anatomischen und physiologischen Funktionen der weiblichen Geschlechtsorgane. Sehr eingehend werden die Empfängnisverhütungsmittel und deren praktische Anwendung beschrieben. Der letzte Teil des Buches ist dem Kampfe gegen den § 218 des Strafgesetzbuches (Abtreibungsparagraph), diesem Fallstrick für proletarische Frauen, gewidmet. Gestützt auf das Gutachten erster ärztlicher Autoritäten, auf die Erfahrungen in Sowjet-Rußland mit der Straflosigkeit des künstlichen Abortes durch den Arzt, weist er dann die Notwendigkeit der Aufhebung des § 218 nach. Sehr wirkungsvoll schildert er die Gefahren für die Volksgesundheit, die durch die Eingriffe heimlichen Kurpfuschertums in das keimende Leben entstehen. Der § 218 ist in Wirklichkeit ein Ausnahmegesetz gegen proletarische Mütter; für die Frauen der wohlhabenden Schichten existiert er nicht. Das Buch ist in klarer, fließender Sprache, getragen von hohem sittlichen Ernste, geschrieben. Obgleich von einem Laien verfaßt, sind alle Thesen durch umfangreiche wissenschaftliche Fachstudien sehr gut unterbaut, wie überhaupt das ganze Buch ein Ergebnis sehr fleißiger Arbeit und sehr gründlichen Studiums ist. Wir können es unseren Lesern, die praktisches und theoretisches Interesse an dem in diesem Buch behandelten Problem haben, auf das wärmste empfehlen. G. R.

Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit nach dem Stand vom 16. Juli 1927. Herausgegeben von Th. Leipart und Cl. Nörpel. 3. Auflage, Berlin 1927, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 6a, 73 Seiten. 0,80 Mk., Organisationspreis 0,65 Mk. Die Broschüre hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Masse der Gewerkschaftsfunktionäre über die Bedeutung der gesetzlichen Arbeitszeitregelung aufzuklären und die Rechte zu erläutern, welche sich für die Arbeiter und die Angestellten aus der gesetzlichen Arbeitszeitregelung ergeben. Die Anmerkungen in der 3. Auflage sind wiederum eingehend durchgearbeitet worden. Der neueste Stand der Rechtsprechung und Literatur hat Berücksichtigung gefunden. In 11 Anhängen sind sämtliche auf die Arbeitszeit bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen enthalten. Auf diese Weise ist ein handliches Büchlein entstanden, das geeignet ist, jedem Funktionär der Gewerkschaften und jedem Betriebsrat in dem Irrgarten der geltenden gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen ein Wegweiser zu sein.

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit ausführlichen Erläuterungen von Franz Spliedt und Dr. Bruno Broecker 1927, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 6a, 264 Seiten. Preis in Leinen gebunden 6 Mk., Organisationspreis 4,50 Mk. Spliedt-Broecker haben es mit großem Geschick verstanden, durch ihre Erläuterungen das Gesetz den beteiligten Personenkreisen verständlich zu machen. Sie haben sich erfreulicherweise in ihren Anmerkungen auch große Beschränkung auferlegt und dadurch beigetragen, daß die Gesetzestexte wieder mehr als bisher zur Geltung kommen. Darüber hinaus ist größter Wert auf Popularisierung gelegt worden. Hierin haben sich die Verfasser als Meister gezeigt. Die Anmerkungen und Tabellen zu den §§ 4, 5 und 107 sowie auf den Seiten 173, 181 und 183 sind hervorragend gut gelungen. Hier haben sich die Verfasser das bleibende Verdienst errungen, zu der Durchführung des Gesetzes wesentlich beigetragen zu haben. Auf einen Blick ist zu ersehen: welche Aufgaben haben die Beisitzer der verschiedenen Ausschüsse, wie hoch ist die Unterstützung in jedem einzelnen Falle, welche Stellen entscheiden über Einsprüche und über Beschwerden. So kann jeder, der mit dem Gesetz zu tun hat, sich sehr schnell orientieren. Dieser Gewerkschaftskommentar von Spliedt-Broecker gehört in die Hand jedes Gewerkschaftsfunktionärs, er wird auch den sonst beteiligten Personenkreisen sehr gute Dienste leisten.

„Die Leuchtrakete", humoristisch-satirische Zeitschrift mit der Beilage „Licht übers Land". Herausgeber Anton Jenschek, Wien IV, Mitterfteig 3a. Preis 20 Pf. Jährlich 2,40 Mk.

Bielefeld.

Am 24. September 1927 verlegen wir unser Bureau von Bielefeld, Marktstraße Nr. 10, nach Bielefeld, Marktstraße Nr. 21. Wir bitten die Kollegen und Kolleginnen, hiervon Kenntnis zu nehmen, damit keine Verzögerung in der Korrespondenz eintritt.

Der Vorstand. [2,50

Die Zahlstelle Frankfurt a. M.

sucht zum baldigen Antritt einen tüchtigen

Agitationsleiter.

Bewerber haben neben handschriftlicher Bewerbung einzureichen:

1. Kurze Schilderung des Lebenslaufs und der bisherigen Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung.
2. Einen kurz gehaltenen Aufsatz über das Thema: „Welche Aufgabe hat der Agitationsleiter".

Rednerische Befähigung und Kenntnis des Arbeits- und Tarifrechts ist Bedingung, ebenso 8jährige Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften. [6,50 Mk.]

Beilage zum Proletarier

Nummer 40 — Hannover, 1. Oktober 1927 — 36. Jahrgang

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Aufruf!

An die Mitglieder der Gewerkschaften.

In der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie stehen die Belegschaften augenblicklich in einer Lohnbewegung. Die Löhne sind hier außerordentlich niedrig. Es betragen die Tariflöhne bisher für volljährige Arbeiter 3,29 bis 5,57 Mk. für eine zehneinhalb- bis zwölfstündige Schichtzeit. Die Arbeitgeber suchen in allen Teilen des Deutschen Reiches Arbeiter für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Wir warnen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, bei der außerordentlich schlechten Lohnzahlung während dieser Bewegung, in dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau Arbeit aufzunehmen.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Zentralverband der Maschinisten und Heizer.
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Gewerkverein christlicher Bergarbeiter.
Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter (H.-D.)

Englische Seife — deutsches Seifenpulver.

Im „Magazin der Wirtschaft" veröffentlicht Professor Dr. Julius Hirsch, Staatssekretär z. D. einen Artikel über die Sunlight-Seifen-Gesellschaft. Die Gesellschaft verfügt über ein Gesamtkapital von etwa 1140 Millionen Reichsmark, ist also kapitalkräftiger als der deutsche Chemietrust. Gegründet wurde dieses gewaltige Unternehmen im Jahre 1886 von einem Handwerker ohne nennenswerte Kapitalkraft namens Lever.

Die Gesellschaft Lever Brothers gibt ihren Umsatz für 1926 auf 1437 Millionen Reichsmark an; das stellt im Gegenwert von Waren ein Gewicht von 1¾ Millionen Tonnen in verarbeitetem Zustande dar. Im Hauptbetrieb der Gesellschaft in Port Sunlight werden wöchentlich 4000 Tonnen Seife und ähnliche Reinigungsmittel hergestellt.

Gegenüber diesem gewaltigen Privatunternehmen in der Seifenindustrie gibt es in England kaum noch selbständige Seifenfabriken außer der Fabrik der britischen Konsumvereine. Die Gesamtseifenproduktion Englands kann wöchentlich auf 6000 Tonnen oder über 300 000 Tonnen pro Jahr geschätzt werden. Davon entfallen auf die Lever-Brother-Gesellschaft 4000 Tonnen, auf die sonstigen Hersteller, die meist abhängig von dieser Gesellschaft sind, 1200 Tonnen und auf die Konsumvereine 800 Tonnen wöchentlich. Auf den Kopf der englischen Einwohner berechnet, beträgt der Seifenverbrauch pro Jahr nach dieser Produktionsziffer sieben Kilogramm.

Dr. Hirsch vertritt in diesem Artikel die Ansicht, daß die Sunlight-Seifengesellschaft Qualitätsware liefert und für diese Qualitätsware eine einheitliche Marke geschaffen hat, die sich weit über England hinaus Aufnahme verschafft hat. Qualitätsware allein kann aber ein Seifenmonopol nicht erklären. Dieses kommt vielmehr nur durch eine ungeheuer ausgeweitete und dementsprechend teure Reklame zustande. Hirsch sagt deshalb auch, daß kleinere Seifenfabriken auf dem lokalen Markt bei gleichguter Ware mit dem Seifentrust sehr wohl konkurrieren können, daß jedoch diese Konkurrenz auf dem großen weiten Weltmarkt unterliegen muß, weil sie die Reklamekosten nicht aufbringen und mit der Reklame gegen Lever Brothers nicht durchdringen kann.

In dieser Riesen-Seifen-Gesellschaft werden nach Hirsch insgesamt 22 000 Menschen beschäftigt, eine verhältnismäßig geringe Zahl. Die Firma betreibt neben der Seifenfabrikation Ölmühlen, Margarinefabriken, Hilfsfabriken aller Art, Druckerei, Schiffahrts-Gesellschaften, zahlreiche Plantagen, und eine Walfischfang-Gesellschaft in der Südsee zur Trangewinnung.

Der ausgewiesene Nutzen des ganzen Riesenunternehmens beträgt 1926 rund 100 Mill. Reichsmark. Das bedeute auf das Kapital knapp 10 Prozent, auf den Umsatz 6½ Prozent. Dieser ausgewiesene Nutzen ist aber kein Maßstab für die Gesamterträgnisse, da die Tochtergesellschaften schon vorher Dividende gezahlt haben. Die Dividende ließe sich leicht höher gestalten. Die Firma führt aber bewußt große Kapitalbildung aus eigenen Mitteln durch, worauf ihre Kapitalmacht beruht.

Beim Lesen dieses Artikels zieht man unwillkürlich Vergleiche zwischen dem englischen Seifentrust und der deutschen Seifenpulverfabrik Henkel u. Ko. in Düsseldorf. Zwar steht die Kapitalkraft Henkels sicher weit hinter der Kapitalkraft der Lever Brothers-Gesellschaft zurück. Das Kapital von Henkel ist nicht bekannt, weil Henkel Privatfirma ist. Anläßlich des 50jährigen Bestehens hat die Firma Henkel eine Festschrift herausgegeben, die erkennen läßt, daß auch die Betriebe Henkel eine amerikanische Entwicklung durchgemacht haben. Die Firma hat sich chemische Großbetriebe, die Rohstoffe für die Seifenindustrie herstellen, während der Kriegszeit angegliedert, indem sie den Aktienbesitz dieser Firmen restlos aufkaufte. Sie verfügt über eine Anzahl Seifenfabriken, in denen außer Seife die bekannten Seifenpulver hergestellt werden. Daneben hat sie große chemische Werke zur Soda- und Säureherstellung, eine eigene Papier-, ebenso eine Pappenfabrik, ein Sägewerk, eigene Großdruckerei und vieles andere. Interessant ist der Vergleich mit dem englischen Seifentrust, in dem sich neben Henkels Seifenpulver viele andere Seifenpulver-Marken auf dem Markt behaupten können und den Hausfrauen als gleichwertig erscheinen. Aber auf dem großen Markt beherrscht Henkel das Feld durch seine ungeheuer ausgedehnte und eigenartige Reklame. Hier wie dort ist das Bild: Ein eigenartiges Riesenunternehmen, dessen Boden eine Marke (Sunlight-Seife — Persil), dessen Mittel die Beherrschung des Marktes durch die Reklame ist.

G. Haupt.

Das Kunstbenzin kommt an den Verbraucher.

Vor wenigen Wochen ironisierte eine Industriezeitung, daß die J.-G. Farbenindustrie in ihrem Kohleverflüssigungswerk in Leuna angeblich große Mengen künstlichen Benzins herstellt, dieses aber bisher auf dem Markt noch nicht erschienen ist. Trotz dieser Unkenrufe war es dem Wissenden klar, daß die J.-G. Farbenindustrie mit der Herstellung von Kunstbenzin auf dem richtigen Wege ist. Jetzt wird bekannt, daß Kunstbenzin in den Handel kommt. Vorerst hat die J.-G. Farbenindustrie sich eine Frachtermäßigung bei der Reichsbahn erwirkt für die Verladeorte Ludwigshafen, Korbetha und Kötschau. Korbetha und Kötschau sind die Verladeplätze des Leunawerks. Ludwigshafen soll nicht etwa die Produktion von Kunstbenzin neu aufnehmen, dort befinden sich vielmehr die ersten Versuchsstationen für Kunstbenzin und Kunstalkohol, die als Versuchsstationen weiter betrieben werden und größere Mengen dieser künstlichen Kohlenwasserstoffe liefern.

Welche Bedeutung den Verhandlungen mit den ausländischen Ölkönigen beizumessen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Diese Verhandlungen berühren aber sicher die Versorgung des Marktes mit künstlichem Benzin. Es ist auffallend, daß dieses Kunstbenzin nicht unter eigenem Namen in den Handel kommt, vielmehr vorerst in kleinen Mengen dem Markt des normalen Benzins zugeführt wird, so daß der Verbraucher nicht erfährt, wo das von ihm gekaufte Benzin herstammt. Die Versorgung mit Kunstbenzin soll stetig gesteigert werden.

Durch die Großproduktion von Benzin ist der Braunkohlenverbrauch des Leunawerks außerordentlich gesteigert. Die im Ausbau befindlichen Braunkohlengruben der J.-G. Farbenindustrie im Geiseltal lieferten bisher täglich 12 000 Tonnen und werden auf eine Leistung von 24 000 Tonnen Braunkohlen pro Tag gebracht.

G. Haupt.

Die amerikanische Automobilreifen-Industrie errichtet Fabriken in Europa.

Die Möglichkeit des Massenabsatzes hat in einer Reihe von amerikanischen Industriezweigen zu technischen Fortschritten geführt, mit denen die europäische Fabrikation nur mühsam Schritt hält. Daraus entwickelt sich zunächst bei solchen Industrien ein starker Export nach Europa; dem folgt zum Teil die Gründung von eigenen Fabriken, zur Fracht- und Lohnausnützung, vor allem dann, wenn der Einfuhr Zollschwierigkeiten bereitet werden. Die Automobilindustrie ist mit einer Reihe bekannter Beispiele in den letzten Jahren aufgefallen. Nun ergibt sich nach der „Frankfurter Zeitung" ein weiterer Fall in der verwandten Reifenindustrie, veranlaßt durch den englischen Zoll von 33⅓ Prozent auf die Einfuhr von Gummireifen. Die Goodyear Tyre & Rubber Co., eine der größten Firmen in Acron (Ohio), dem Hauptsitz der amerikanischen Reifenindustrie, hat ihre englische Verkaufsgesellschaft ausgedehnt und will eine eigene Fabrik errichten. Die neue „Goodyear Tyre and Rubber Co. (Great Britain 1927) Ltd." wurde mit 800 000 Pfund viertelgezahltem Aktienkapital ausgestattet, das von der Muttergesellschaft voll übernommen wurde. Die neue Gesellschaft legt jetzt außerdem in England eine Anleihe von 800 000 Pfund Sterling (16 Millionen Mark) mit 6½ Prozent Verzinsung auf. Also Finanzierung zum Teil in England selbst. Sie hat in Wolverhampton 22½ Acres (etwa 90 Hektar) zum Bau einer Fabrik erworben, die schon im Frühjahr 1928 mit etwa 1000 Arbeitern und einer angeblichen Kapazität von 600 000 Reifen und 600 000 Schläuchen p. a. in Betrieb genommen werden soll —; vergleichsweise: die gesamte deutsche Reifenindustrie produzierte 1926 etwa 1 Million Stück. Sie soll England, seine Kolonien und das kontinentale Europa beliefern und rechnet nach Abschreibungen, aber vor Steuern und Zinsen mit 180 000 Pfund (3 600 000 Mk.) Gewinn. Das jetzige Aktien- und Obligationenkapital soll für Anlage und Betrieb ausreichen. Die seitherige Verkaufsgesellschaft setzte 1926 schon 800 000 Pfund um, bei allerdings 46 Millionen Pfund (920 Millionen Mark) Gesamtabsatz der amerikanischen Muttergesellschaft und ihrer sämtlichen Tochtergesellschaften in 23 verschiedenen Ländern, darunter natürlich auch die seither schon kontinental-europäischen. Ob in diesen durch die Gründung des englischen Fabrikationsunternehmens die Konkurrenz heftiger werden wird, bleibt abzuwarten. Ihre Bedeutung sei nur noch gekennzeichnet durch die Produktion der amerikanischen Gesellschaft: über 4 Millionen Stück (Reifen und Schläuche zusammen) im ersten Vierteljahr 1927.

Papier-Industrie

Alles schon dagewesen!

I.

Das Gestöhne der deutschen Unternehmer über die angeblich hohen sozialen Lasten will kein Ende nehmen. Immer wieder ertönt in der Unternehmerpresse und in der dem Kapitalismus gefügigen Tagespresse der Ruf nach der Freiheit der Wirtschaft. Unter Freiheit der Wirtschaft verstehen die Unternehmer nicht nur schrankenlose Ausbeutung ihrer Arbeitssklaven, Beseitigung der Tarifverträge, sondern auch Verschlechterung der gesamten sozialen Lage der Arbeiterschaft.

Würde der selige Ben Akiba dieses Gejammer der deutschen Unternehmer mit anhören können, dann würde er sicher seinen berühmten Ausspruch wiederholen: „Alles schon dagewesen!"

Die Geschichte der Papiererzeugungsindustrie beweist, daß zwar die Ausbeutungswut der Papierunternehmer seit jeher deren charakteristische Eigenart war, daß aber auf der anderen Seite diese Charaktereigenschaft wesentlich eingedämmt wurde durch das Verhalten ihrer Arbeitnehmer.

So berichtet F. v. Hößle in seiner württembergischen Papiergeschichte u. a.:

„Ein fataler alter Brauch aber machte dem Meister zur Pflicht, alljährlich einmal ein Geschenk geben zu müssen und vor Verabreichung dieser, in einem Krug Wein oder Bier und einem Schmaus bestehenden Gabe, mußte „die Werkstatt revidiert werden". Der Meister berief sämtliche Gesellen zusammen, und er zuerst, dann alle anderen der Reihe nach, fragte die Versammlung, „ob einer oder der andere etwas gegen ihn oder die Werkstatt einzuwenden habe!"

Wegen eines kleinen Anlasses, wenn z. B. ein Geselle mit der Verpflegung nicht zufrieden war, konnte der Meister „gescholten" und die Werkstatt für „unehrlich" erklärt werden. Wenn der so betroffene Meister nicht binnen 14 Tagen sich dem Spruch eines zusammenberufenen Handwerks unterwarf und die ihm zuerkannte Strafe erlegte, mußten alle Gesellen, welche ehrlich bleiben wollten, die Arbeit bei ihm niederlegen, die Mühle stand still! Ein Schelltwort konnte von jedem Genossen, Meister oder Gesellen, gegen einzelne oder eine ganze Papiermühle ausgesprochen werden, sobald dieselben „seiner Meinung nach" eine ordnungswidrige Handlung sich hatte zuschulden kommen lassen."

F. v. Hößle bemerkt dazu, daß diese Handwerksgebräuche uralt gewesen seien und bereits 1527 in einer Papierverordnung in Reutlingen aufgestellt wurden. Betrachtet man dieses Mitbestimmungsrecht der ehemaligen gelernten Handpapiermacher im Meisterbetriebe, und vergleicht man es mit dem heutigen Betriebsrätegesetz, das die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen tarifvertraglich noch zu verschlechtern trachten, so schlägt das Mitbestimmungsrecht der alten Handwerksgesellen gegenüber den im Betriebsrätegesetz verankerten Mitbestimmungsrecht des modernen Industrieproletariats zugunsten der ersteren aus. Die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen würden sich zweifellos dafür bedanken, wenn die heutige Industriearbeiterschaft es wagen würde, sie nach alter Papiermachersitte alljährlich einmal vor ein Femegericht der Arbeiterschaft zu ziehen, um vor demselben Rechenschaft abzulegen. Trotzdem schwärmen noch sehr viele Papierfabrikanten für das patriarchalische Verhältnis der guten alten Zeit und stöhnen über den Klassenkampf der modernen Industriearbeiterschaft.

Bis zum Ausbruch der Revolution waren die deutschen Papierfabrikanten von wenigen Ausnahmen abgesehen Gegner des Tarifvertrages und damit der tarifvertraglichen Lohnregelung. Trotzdem ist die Festsetzung eines Minimallohnes keine Errungenschaft der Neuzeit, sondern auch in der sogenannten guten alten Zeit mußten sich die Papiermachermeister die Festsetzung von Minimallöhnen gefallen lassen.

F. v. Hößle erwähnt in seiner württembergischen Papiergeschichte, daß im Jahre 1695 zu Wangen im Allgäu ein Papiererkonvent stattfand, zu dem 21 Papiermeister und ebensoviel Gesellen erschienen waren, die 17 Artikel aufstellten, darunter auch solche, die die Behandlung der Lehrlinge und Gesellen betrafen. Bezüglich der Löhne bestimmte Artikel 14, daß Meisterknechte als solche anerkannt werden und daß ihnen als Lohn 1 Fl., 30 Kr. gebühre. Artikel 15 führt aus, daß der Meister verpflichtet ist, wenn er den Lohn vor den Festtagen auszahlt, jedem Gesellen 30 Kr. zu geben. Außerdem wurde bestimmt, daß am Fastnachts-Dienstag nur ein halber Tag gearbeitet wird.

In seiner Geschichte der alten Papiermühlen im ehemaligen Stift Kempten und in der Reichsstadt Kempten erwähnt v. Hößle, daß der zum Gesellen freigesprochene Lehrling einen Anfangslohn von etwa 1 Taler pro Woche zu beanspruchen hatte.

Ernst Kirchner zitiert in seiner Papiergeschichte eine im Regensburger Stadtarchiv vorhandene Papiererordnung aus dem Jahre 1850. Danach hatte das Personal einer Papiermühle zu beanspruchen:

Lohn des Meisters neben Kost und Logis wöchentlich	1 Fl.	1 S.	12 D.
Lohn des Mühlbereiters	1 Fl.		
Lohn des Bütkenknechtes		6 S.	23 D.
Lohn des Gautschers		5 S.	25 D.
Lohn des Legers		5 S.	25 D.
Gesamtwochenlöhne für den Betrieb	4 Fl.	5 S.	25 D.

Außerdem erhielten die Gesellen für jedes Ries Papier, das über die festgesetzte Tagesmenge erzeugt wurde, pro Ries 17 D. Derselbe Betrag wurde den Papiermachergesellen in Abzug gebracht für jedes Ries, das unter der Tagesproduktion erzeugt wurde. Der Glätter hatte gleichfalls einen Wochenlohn von 5 S. 25 D. zu beanspruchen.

Aus diesen geschichtlichen Zusammenstellungen geht hervor, daß nicht nur die Festsetzung von festen Minimalwochenlöhnen, sondern auch von Prämien ein alter Handwerksbrauch war und daß deshalb der Abschluß von Tarifverträgen, gegen den ein Teil der Unternehmer heute mit aller Wucht anrennt, wahrhaftig keine Neuerung der nachrevolutionären Zeit auf sozialpolitischem Gebiete darstellt.

Daß es mit den Löhnen als Folge solcher Lohnregelungen in einigen Gebieten Deutschlands recht ungünstig bestellt war, soll zugegeben werden. Darüber gibt uns Dr. Ferdinand Schmitz in seinem Buche über die Papiermühlen und Papiermacher des Bergischen Strundertals einige Aufklärung, wenn er in demselben u. a. folgendes schreibt:

„Die Löhne, die durch das ganze 15. Jahrhundert hindurch in allen Erwerbszweigen dem Arbeiter und seiner Familie einen auskömmlichen Unterhalt ermöglicht hatten, waren infolge der sozialen Revolutionen, an denen Deutschland im 16. Jahrhundert so reich war, auf ein recht bescheidenes Maß herabgesunken. Diesem Schicksal können auch die Löhne der Papiermachergesellen nicht entgangen sein.

Meist hatte der Geselle bei dem Meister freie Wohnung und zog in den beigegebenen Garten und Acker, was er für sich und seine Familie an Früchten und Gemüse brauchte. Aber die außerhalb des Betriebes zur Miete wohnenden reinen Industriearbeiter, die sogenannten Beiwohner, die der Bergische so gern als „nackte Menschen" bezeichnete, weil sie wie der Beamte der sich desselben schmückenden Beinamens erfreute, nicht einmal mietweise Ar und Halm besaßen, scheinen auch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts keinen auskömmlichen Verdienst gehabt zu haben. Wenigstens klagt der Gladbacher Schöffe Lommerzen in einem amtlichen Berichte, daß die Fabriken viele fremde Leute heranzögen und daß bei den unzureichenden Löhnen die Gärten und Büsche der Eingesessenen „herhalten" müßten. Seine Anspielung auf die Papiermühlenarbeiter läßt dabei an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Selbst im Anfang des 19. Jahrhunderts unter französischer Herrschaft betrug der Lohn eines Arbeiters, „der nicht Professionist war", zwischen 20 bis 24 Stüber täglich. Auch Kinder, d. h. nach heutigen Begriffen jugendliche Arbeiter, sind zu 10 bis 15 Stüber beschäftigt."

Daß Dr. Ferdinand Schmitz — der im Vorwort zu seinem Buche selbst äußert, der billige Preis desselben sei nur möglich gewesen dadurch, daß die Bergisch-Gladbacher Papierfabrik J. W. Zanders das Papier dazu geschenkt habe — die elende Lage der Arbeiterschaft im 16. Jahrhundert auf die „sozialen Revolutionen" zurückführt, ist weiter nicht verwunderlich. Trotz gegenteiliger Beweise ist auch heute noch ein großer Teil des Bürgertums in dem Glauben an die „Dolchstoßlegende" befangen, und führt den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands der Nachkriegszeit auf die Revolution von 1918 zurück.

G. Stühler.

Der Wutanfall des Herrn Lins.

Unsere Artikel in Nr. 33 und 34 des „Proletariers" haben bei Herrn Lins vom Christlichen Fabrikarbeiterverband anscheinend zu einem Wutanfall geführt. In der Nr. 19 der „Christlichen Gewerkschaftsstimme" vom 17. September 1927 schimpft Herr Lins wie besessen über die verschiedensten Angestellten unseres Verbandes. Wenn Herr Lins uns zumutet, auf seine Schimpfereien und falschen Darstellungen näher einzugehen, so irrt er sich. Aus reiner christlicher Nächstenliebe verzichten wir, auf diese Anwürfe im einzelnen zu erwidern, da wir es nicht verantworten können, wenn der anscheinend zerrüttete Gesundheitszustand des Herrn Lins durch unsere Schuld zu längerer oder dauernder ärztlicher Behandlung führen sollte.

Wir haben in den Artikeln „Die Wanzentaktik der Christen" nur belegbare Tatsachen über das arbeiterfeindliche Verhalten dieser Organisationsvertreter angeführt, und werden dies auch in Zukunft tun.

Vor uns liegt die Abschrift folgenden Schiedsspruches:

Nr. L. X. 455/1 1927.

Zweigstelle Nürnberg des
Landesschlichters für Bayern.

An den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau IX,
Nürnberg.

Ausfertigung.

In Sachen

Fa. Wilhelm Stern u. Ko., G. m. b. H., Metall- und Buntpapierfabrik, Fürth i. B.,
Fa. Schönthal u. Ko., Goldpapierfabrik, Fürth i. B.,
Fa. H. Rosenfels, Goldpapierfabrik, Fürth i. B.,
Fa. Wickels Metallwerke, G. m. b. H., Fürth i. B.,
Fa. Metallpapier-, Bronzefarben- und Blattmetallwerke, A.-G., München, Augsburg, Fürth i. B.,
Fa. Zopfy u. Popp, Buntpapierfabrik, Nürnberg,
Fa. Buntpapierfabrik, A.-G., Aschaffenburg,
Fa. A. Neß u. Ko., Buntpapierfabrik, Aschaffenburg,
Fa. Franz Duhlem, Buntpapierfabrik, Aschaffenburg,

gegen

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 9 und 10, Nürnberg, München,
Zentralverband christl. Fabrik- und Transportarbeiter, Bezirk Bayern, München,

wegen

Streit über die Höhe der Lohnzuschläge für die über 48 Stunden geleistete Arbeitszeit,

ergeht auf Antrag obengen. Firmen gemäß § 6a Abs. 3 der VO. über die Arbeitszeit vom 14. April 1927 (RGBl. Nr. 18, S. 110, Teil I) nachstehende, für beide Teile rechtsverbindliche

Entscheidung:

1. Mit Wirkung ab 1. Juli 1927 wird für die nach § 2 des Tarifvertrages für die bayerische Bunt-, Chromo- und Metallpapierfabriken vom 15. Juni 1926 zulässige Mehrarbeitszeit ein Zuschlag bezahlt, und zwar

für die 49. bis einschl. der 51. Arbeitsstunde 10 Prozent,

für die 52. bis einschl. der 54. Arbeitsstunde 20 Prozent,

errechnet aus dem zuständigen Stundenlohn.

2. Durch die Regelung wird Satz 1 in Abs. 2 des § 4 des Tarifvertrages gegenstandslos.

Die übrigen Bestimmungen des § 4 werden von dieser Entscheidung nicht berührt.

3. Diese Regelung gilt bis auf weiteres, spätestens jedoch bis zum Ablauf des Tarifvertrages vom 15. Juni 1926.

Nürnberg, den 13. August 1927.

Der Landesschlichter für Bayern.
gez. Harkmann."

Das unter hervorragender Mitwirkung der Vertreter der christlichen Gewerkschaften verhimmelte, zustande gekommene Arbeitszeitnotgesetz sieht bekanntlich für Überstunden einen Zuschlag von 25 Prozent als angemessen vor. Der angerufene Schlichter hat in diesen Fällen ohne Beisitzer, also auf Grund eigener Machtbefugnisse zu entscheiden. Wie uns mitgeteilt wird, ist der unterzeichnete Landesschlichter für Bayern, Herr Hartmann, der einen Überstundenzuschlag von 10 bis 20 Prozent für angemessen ansieht, Mitglied des Zentralverbandes der Christlichen Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands.

So, verehrter Herr Lins, sieht Theorie und Praxis in Ihrem Lager aus. Die Bewertung überlassen wir ohne Geschimpfe der Papierarbeiterschaft.

G. Stühler.

In den Armen lagen sich beide . . .

Der Verband deutscher Tapetenfabrikanten und der Tapetenfabrikantenverein Berlin waren sich vor einiger Zeit in der Frage der Umsatzprämien gegenseitig in die Haare geraten. Die Maßnahmen der beiden Verbände waren geeignet, einen kleinen Konkurrenzwettbewerb um den Inlandsabsatz auszulösen. Darob Entrüstung nicht nur in den Reihen der um ihren Profit bangenden Fabrikanten, sondern auch bei den im allgemeinen recht hoch verdienenden Händlern.

Lange hat dieser Konkurrenzkampf nicht gedauert. Der „Friede in der Tapetenindustrie" ist wieder hergestellt. Wenigstens weiß die „Papierzeitung" Nr. 74/1927 folgendes zu melden:

„Der Verband deutscher Tapetenfabrikanten hat in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Tapetenfabrikantenverein Berlin die bis dahin vorhandenen Unstimmigkeiten beseitigt. Die Verbände kamen überein, von weiteren Kampfmaßnahmen gegeneinander abzusehen. An den zur Zeit bestehenden Preis- und Rabattverhältnissen soll vorläufig nichts geändert werden."

Nachdem der „Friede in der Tapetenindustrie" wieder hergestellt ist, kann die Auspowerung der Konsumenten mit Hilfe der Händlerschaft wieder lustig weitergehen. Bei den Lohnverhandlungen wird man natürlich wie bisher über den „Zusammenschluß" und die „Konkurrenzunfähigkeit" der Tapetenindustrie weiter reden. Die Tapetenarbeiter sollten aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen, daß auch zur Wahrung ihrer Interessen der Zusammenschluß im Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands der einzige Weg ist, um ihre Ware „Arbeitskraft" konkurrenzlos an die Tapetenindustriellen zu verkaufen.

G. Stühler.

Nahrungsmittel-Industrie

Wirtschaftliche und soziale Reaktion in der hessischen Obst- und Gemüsekonserven-Industrie.

Die Öffentlichkeit muß einmal Aufklärung darüber haben, inwieweit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft in der obengenannten Industrie Rechnung getragen wird, da es nicht zuletzt die Verbraucher in der Hand haben, eine in schwierige Lohnkämpfe verwickelte Arbeiterschaft zu unterstützen. Die Arbeiterschaft leistet zwar den Hauptanteil bei der Herstellung der Obst- und Gemüsekonserven, aber wenn es zur Verteilung des Arbeitsertrages kommt, dann steht ihr Anteil in schärfstem Mißverhältnis zu der geleisteten Arbeit.

Bei der nunmehr in der Zeit vom 18. bis 21. September in Frankfurt a. M. stattfindenden Internationalen Messe wird jedem Messebesucher die Ausstellung der Obst- und Gemüsekonserven-Industrie auffallen. Dafür wird schon die Reklame sorgen, für die gerade von dieser Industrie bekanntlich sehr viel ausgegeben wird. Bei der Betrachtung der Waren sollte aber auch jeder Käufer daran denken, daß diese Ware zu dem wahren Hungerlohn von 37 Pf. pro Stunde von Saisonarbeiterinnen hergestellt wird. Dabei sind die Anforderungen, die an die Arbeitskraft dieser Arbeiterinnen gestellt werden, nicht gering. Arbeitskraft und Arbeitszeit werden während der Saison weit mehr ausgenutzt als in jeder anderen Industrie.

Die von den vertragschließenden Arbeitnehmer-Gewerkschaften bereits im Monat April 1927 beantragten Verhandlungen, in denen über eine Neuregelung der Lohnbezüge verhandelt werden sollte, verliefen ergebnislos, da die Unternehmer dieser Industrie und mit ihnen ihr Syndikus Dr. Stöber nicht bereit waren, die Löhne der Arbeiterinnen wesentlich zu verbessern. Während in den Industrien mit Saisoncharakter gewöhnlich eine bessere Entlohnung erfolgt als dort, wo die Belegschaft das ganze Jahr durcharbeiten kann, verkritt die Konservenindustrie unseres Bezirks eine gegenteilige Auffassung. Die Saisonarbeiterinnen, die das erstemal beschäftigt werden, müssen für 37 Pf. arbeiten, während man „großzügigerweise" für die Stammarbeiterinnen den horrenden Stundenlohn von 40 Pf. angeboten hat. Unter Berücksichtigung anderer Tarife, die bereits abgeschlossen waren, und unter weiterer Berücksichtigung der Lohnsätze, die in der Konservenindustrie anderer Bezirke bezahlt werden, mußten diese Angebote der Unternehmer entschieden zurückgewiesen werden. Es folgten dann eine Reihe von Verhandlungen vor den tariflichen und gesetzlichen Schlichtungsinstanzen, die aber alle ergebnislos verliefen, da die Unternehmer ihren Standpunkt nicht änderten. Auf einmal kam eine neue Parole, entsprungen den Köpfen der geistigen Führer Dr. Stöber und Dr. Kahlenberg, die da lautet: „Betriebsvereinbarungen unter Ausschluß der gewerkschaftlichen Organisationen." Wie tarifliches Recht, wie Verordnungen mit Füßen getreten werden, beweist nachstehendes:

Während es bei der Firma „Helvetia" in Groß-Gerau gelang, nur durch die Streikandrohung eine Lohnfestsetzung durch den Herrn Schlichter für Hessen vornehmen zu lassen, wurde bei den Firmen Johann Braun, A.-G., in Pfeddersheim und H. Kölsch Nachf. in Biblis unter der obengenannten Parole ein Lohn festgesetzt, ohne daß man die vertragschließende Arbeiterorganisationen gehört hatte, obwohl schriftliche Anträge gestellt waren. Den gültigen Reichstarifvertrag und die Verordnung über Tarifverträge sowie die Schlichtungsverordnung ließ man unbeachtet. Daß sich die tariftreuen Organisationen dann zur Wehr setzten, ist doch wohl verständlich, und die letzten Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht und vor dem Schlichtungsausschuß dürften Herrn Dr. Stöber und Herrn Dr. Kahlenberg wohl eines besseren belehrt haben.

Zum Schluß sei nur noch der hessischen Konservenindustrie der gute Rat zuteil, nicht allzusehr mit dem Feuer zu spielen. Wenn man den Kampf unter allen Umständen haben will, dann wohlan, wir sind bereit. Dann werden wir uns aber vielleicht auch in einem nächsten Artikel etwas ausführlicher mit der Heimarbeit in der Konservenindustrie und den damit verbundenen hygienischen Mängeln befassen.

Die Arbeiterschaft aber möge erkennen, daß solcher wirtschaftlichen und sozialen Reaktion nur entgegengetreten werden kann, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen geschlossen dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands angehören, der es als seine vornehmste Aufgabe betrachtet, menschenunwürdige Arbeitsverhältnisse zu beseitigen.

F. Fuchs.

Verschiedene Industrien

Die Absatzländer der deutschen Spielwarenindustrie.

II.

Holland.

In der heimischen Spielwarenindustrie werden nur Holzspielwaren, die sich zum Spielen am Wasser eignen, hergestellt. In der Heimindustrie werden in geringem Ausmaße außerdem noch Nationaltrachten für Puppen angefertigt. Die rohen Puppenbälge, die unbekleideten Puppen, werden aus Deutschland bezogen.

Bis 1923 hatte Deutschland in Holland für Kinderspielwaren aller Art Monopolstellung. In den letzten beiden Jahren ist diese Monopolstellung durch englische, italienische, tschechische und amerikanische Konkurrenz gebrochen worden. Die Einfuhr aus Deutschland ist daher erheblich zurückgegangen. Sie zeigt seit 1923 folgende Entwicklung.

Jahr:	In Doppelzentner:	Wert in Reichsmark:
1923	37 260	8 360 000
1924	27 520	5 590 000
1925	29 139	7 139 000
1926	25 127	6 609 000
einschl. Mai 1927	9 239	2 042 000

Südafrika.

Die heimische Spielwarenindustrie in Südafrika ist geringfügig. Aus Nachrichten von dort geht hervor, daß nur zwei kleine Betriebe vorhanden sind. Die Nachfrage wird deshalb fast ganz durch Einfuhr gedeckt. Als Einfuhrländer kommen Deutschland, Großbritannien, Japan, die Vereinigten Staaten und Frankreich in Frage:

1925 wurden eingeführt aus:

Deutschland	73 675	Pfund
Großbritannien	48 878	„
Japan	11 025	„
Vereinigte Staaten	9 558	„
Frankreich	2 470	„
anderen Ländern	1 845	„
Zusammen:	147 451	Pfund.

Kuba.

Eine heimische Spielwarenindustrie ist hier nicht vorhanden. Die Nachfrage wird in vollem Umfange durch Einfuhr gedeckt. Als Einfuhrländer kommen in Betracht: die Vereinigten Staaten für unzerbrechliche Puppen aus Gummi, Japan für Zelluloidspielwaren, und Deutschland für Puppen und Zelluloidspielwaren, daneben Frankreich und Spanien für Holzspielsachen. Bis 1922 haben die Vereinigten Staaten den größten Teil der Gesamteinfuhr bestritten. 1924 war es Deutschland wieder gelungen, seinen Vorkriegsabsatz zu erreichen und nahezu 60 Prozent aller eingeführten Spielwaren nach Kuba zu liefern. Nur in Gummi- und Zelluloidspielsachen vermochte Deutschland die Konkurrenz nicht zu schlagen. Hier sind die Vereinigten Staaten und Japan noch führend.

Norwegen.

Dieses Land war früher ein gutes Absatzland für die deutschen Spielwarenprodukte. In den letzten Jahren hat sich die Marktlage zuungunsten der deutschen Spielwarenindustrie verschoben. Die heimische Spielwarenindustrie Norwegens hat sich so gut entwickelt, daß eine Einfuhr kaum noch in Frage kommt. Es werden in Norwegen in heimischen Werkstätten und Fabriken folgende Spielwaren hergestellt: Holzspielwaren, Teddybären und andere Stofftiere, Puppen, Gesellschafts- und Unterhaltungsspiele sowie ähnliche Spielsachen mehr. Blechspielwaren werden noch aus Deutschland und England eingeführt.

Schweiz.

Trotz einer eigenen nationalen Spielwarenindustrie führt die Schweiz bedeutende Mengen Spielwaren ein. Als Einfuhrland kommt in erster Linie Deutschland in Frage. Ihm folgen Frankreich, Österreich und England.

Die Spielwareneinfuhr der Schweiz ist von 11 988 Doppelzentner im Jahre 1913 auf 9735 Doppelzentner im Jahre 1926 zurückgegangen. Bemerkenswert ist hierbei, daß der Wert der Einfuhr für 1913 um 11 988 Doppelzentner = 3 100 000 Frank, währenddem der Wert der Einfuhr 1926 mit 9735 Doppelzentner 4 100 000 Frank betrug. Der Durchschnittseinkaufspreis pro Doppelzentner betrug 1913 260 Frank, 1926 war derselbe auf 421 Frank gestiegen. Das bedeutet eine Steigerung pro Doppelzentner um 160 Frank oder rund 62 Prozent. Die Einfuhrstatistik zeigt seit 1913 folgendes Bild:

	1913		1925		1926	
	Menge in dz	Wert Mill. Fr.	Menge in dz	Wert Mill. Fr.	Menge in dz	Wert Mill. Fr.
Deutschland . .	10647	2,00	8558	3,00	7865	3,00
Frankreich . .	630	0,20	964	0,50	1163	0,50
Österreich . . .	344	0,10	242	0,14	160	0,10
England . . .	282	0,16	341	0,25	341	0,20

Philippinen.

An der Einfuhr von Spielwaren beteiligen sich Japan, die Vereinigten Staaten, Deutschland und Frankreich. Es werden in der Hauptsache billige Spielsachen eingeführt. Bessere Artikel finden nur in geringem Umfange Aufnahme. Die geringwertigen Produkte aus Holz und Zelluloid werden aus Japan eingeführt, die besseren, wie mechanisches Spielzeug, Puppen usw. aus Deutschland, den Vereinigten Staaten und Frankreich. Eine heimische Spielwarenindustrie besteht nur in sehr geringem Umfange. 1925 betrug die Einfuhr aus:

Japan	94 522	Dollar
Vereinigte Staaten	61 041	„
Deutschland	25 731	„
Frankreich und andere Staaten	5 382	„
	186 676	Dollar

Brasilien.

Die heimische Spielwarenindustrie befindet sich noch in ihrem Anfangsstadium. Die Nachfrage nach Spielwaren ist gut. Die Einfuhrziffern haben sich in den letzten Jahren merklich erhöht. Als Einfuhrländer kommen auch hier Deutschland, die Vereinigten Staaten, Japan und Frankreich in Betracht. Aus Deutschland werden in der Hauptsache billige Puppen und Spielwaren bezogen, die guten Absatz finden. Aus Japan kommen in erster Linie Zelluloidwaren. Die Vereinigten Staaten bringen nur bessere mechanische Spielwaren und Fahrzeuge auf den Markt. Frankreich liefert Puppen und Holzspielwaren.

Die zuletzt bekanntgewordene Statistik weist nachstehende Zahlen auf. Es wurden eingeführt aus:

		1924	1923
Deutschland	für	4 460 000 Dollar	3 445 000 Dollar
Frankreich	für	628 000 „	280 000 „
Japan	für	751 000 „	600 000 „
Vereinigte Staaten	für	360 000 „	329 000 „

Bemerkenswert ist die große Einfuhr von guten Spielsachen. Sie betrug in den letzten beiden Jahren je 500 000 Dollar. Die deutsche Einfuhr brachte 1925 = 3576 Doppelzentner im Werte von 876 120 Mk., 1926 = 4352 Doppelzentner im Werte von 1 044 526 und 1927 bis einschließlich Mai 1926 Doppelzentner im Werte von 247 962 Mk.

Spanien.

Die Nachfrage nach Spielwaren ist in Spanien groß. Es ist daher kein Wunder, wenn sich dort die heimische Spielwarenindustrie so stark entwickelt hat, daß sie 75 Prozent der Nachfrage aus eigener Herstellung befriedigen kann und nur 25 Prozent einzuführen braucht. Gegenwärtig werden 36 Fabriken in Madrid genannt. Dazu kommen Betriebe in Valenzia und Barcelona. Hergestellt werden von der spanischen Spielwarenindustrie gestopfte Puppen und Stoffspielwaren, ferner Puppen mit Pappköpfen und ausgestopften Körpern. Neben diesen niedrigen Qualitäten werden in eigenen Fabriken auch Qualitätspuppen erzeugt, die am heimischen Markt gute Aufnahme gefunden haben. Blechspielwaren ohne Mechanismus und Holzspielwaren werden ebenfalls in heimischen Betrieben hergestellt, Holzspielwaren in so reichlichem Maße, daß für sie eine Einfuhr überhaupt nicht in Frage kommt.

Als Einfuhrprodukte kommen gegenwärtig noch in Frage: mechanische Blechspielwaren, optische Spielwaren, Küchenartikel für Kinder, Zelluloidspielwaren und billige Massenartikel. Die mechanischen Blechspielwaren werden aus Nürnberg und Fürth bezogen, die optischen Spielsachen aus Deutschland und Frankreich. Küchenartikel für Kinder kommen ebenfalls aus Deutschland und Frankreich; Frankreich genießt hierbei den Vorzug der billigeren Fracht und tritt deswegen als nicht zu unterschätzende Konkurrenz gegen Deutschland auf. Die billigen Massenartikel werden in der Hauptsache aus Deutschland eingeführt. Das ist dem Umstande zuzuschreiben, daß Spanien unter ungünstigen Produktionsbedingungen arbeitet, die deutsche Industrie hingegen bei Massenartikel meistenteils rationell eingestellt ist und so die einheimische spanische Konkurrenz trotz des hohen Gewichtszolles schlagen kann.

H. Elflein.

Internationale Arbeiterbewegung.

Eine Statistik über die englischen Gewerkschaften.

Vom englischen Arbeitsministerium wurde eine Gewerkschaftsstatistik über den Bestand von Ende 1925 veröffentlicht. In diesem Zeitpunkt waren in England 1144 Gewerkschaften mit 5 522 000 Mitgliedern vorhanden; darunter befanden sich 4 690 000 Männer und 811 000 Frauen. Gegenüber 1913, wo die Mitgliederzahl der Gewerkschaften 4 136 000 betrug, zeigt sich 1925 noch eine erhebliche Zunahme, wenn auch die hohen Mitgliederzahlen der Inflationsjahre, die ihren Höhepunkt im Jahre 1920 mit 8 334 000 Mitgliedern erreichten, in den nachfolgenden Jahren einen sehr scharfen Rückschlag erlitten. Die rückläufige Bewegung ist aber im Jahre 1925 zum Stillstand gekommen; der Rückgang in diesem Jahr war ganz geringfügig. Was den Organisationsgrad der einzelnen Berufszweige anbelangt, so haben die Gewerkschaften sämtlicher Berufszweige höhere Mitgliederziffern als vor dem Kriege. Indessen ist der Organisationsgrad in der Landwirtschaft und im Holz- und Möbelgewerbe unverändert außerordentlich niedrig. Die landwirtschaftlichen Organisationen hatten 1913 21 000, Ende 1925 47 000 Mitglieder; das Holz- und Möbelgewerbe 1913 61 000 und 1925 67 000 Mitglieder. Im Gegensatz dazu waren die Bergarbeiter schon vor dem Kriege mit 921 000 Mitgliedern hochgradig organisiert. Ende 1925 waren 928 000 Bergarbeiter gewerkschaftlich organisiert. In diesem Berufszweig haben sich bekanntlich seit dem Streik tiefgehende Veränderungen der Organisationsverhältnisse ergeben. Am stärksten sind ferner organisiert die Arbeiter in der Metall- und Maschinenindustrie mit 682 000 Mitgliedern Ende 1925; der Textilindustrie: 626 000; die Eisenbahner: 529 000; die Transportarbeiter: 519 000; Fabrikarbeiter (Ungelernte): 488 000; Bauarbeiter und öffentliche Arbeiten: 334 000; öffentliche Angestellte: 334 000; Handels- und Bankangestellte: 222 000; Papierindustrie: 207 000, einschl. graphische Gewerbe (1913 nur 85 000); Lehrer: 196 000; Bekleidungsgewerbe: 168 000.

Literarisches.

Abtreibung oder Verhütung der Schwangerschaft? Ein offener Brief an die Frauen von Maria Winter. Auf holzfreiem Papier, 32 Seiten, mit Umschlaggeichnung und 20 Abbildungen. Die Verfasserin ist entschiedene Gegnerin jeder Abtreibung; um so mehr aber tritt sie für stärkste Verbreitung der Kenntnis solcher Mittel ein, die geeignet sind, ungewollte Schwangerschaften zu verhüten. Diesem Ziele dient die vorliegende Schrift, die alle in Frage kommenden Mittel und ihre Anwendung in Wort und Bild schildert, ohne irgendwie anstößig zu wirken.

Das Buch kann für 50 Pf. (Nachnahme im geschlossenen Umschlag 80 Pf.) von jeder Buchhandlung wie auch direkt vom Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel, bezogen werden.